



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Weltwende**

**Stegemann, Hermann**

**Stuttgart, 1934**

Die nationale Erhebung

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

## Die nationale Erhebung

Dieser Triumph war im inneren Kampf errungen worden und fußte auf dem Entschluß Hindenburgs, das Steuer herumzuwerfen, und auf dem Entschluß Hitlers, aus der Opposition herauszugehen und die Regierungsbildung, die ihm als dem Führer der stärksten Partei angeboten wurde, als Führer der Opposition zu übernehmen. Es war also noch nichts geschehen, was der Verfassung, nichts, was den parlamentarischen Formen widersprach. Eine Präsidialregierung, die keine Mehrheit mehr hatte finden können, war an eine Regierung der „nationalen Konzentration“ getauscht worden, die sich eine Mehrheit suchen mußte. Der Akt als solcher barg keine Revolution, er ließ nicht einmal einen Systemwechsel erkennen, sondern erschien lediglich als eine Verkehrung der Front.

Da die parlamentarische Grundlage des Kabinetts nicht breit genug war, blieb dem Kanzler die theoretische Möglichkeit, die Plattform durch Aufnahme des Zentrums in die Regierung zu erweitern und so zu einer Mehrheitsbildung zu gelangen. Mißglückte dies, so stand er vor einer ersten, grundsätzlichen Entscheidung. Er konnte dann entweder mit der Zustimmung Hindenburgs als Führer eines Präsidialkabinetts regieren, das von einer sehr starken Minderheit getragen wurde, oder zur Auflösung des Reichstags schreiten, um die Mehrheit aus der Wählermasse herauszuhauen. Adolf Hitler betrat auch als Reichskanzler den legalen Weg und unterhandelte zunächst mit dem Zentrum, das nun seine Schlüsselstellung noch einmal zu Bedeutung kommen sah. Da in Hitlers Kabinett noch nicht alle Sessel besetzt waren, schien die Möglichkeit einer Verständigung gegeben. Aber nun zeigte sich, daß das Zentrum seine Stellung nicht auswerten konnte, weil es diese entwertet hätte, ohne einen Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Dazu kam die Abneigung Hugenburgs, mit dem Zentrum zu paktieren, die Abneigung des Zentrums, in einem Kabinett mitzuwirken, in dem Papen saß, und die Abneigung Hitlers, die Koalition, zu der er sich hatte bereithalten lassen, durch die Aufnahme eines neuen Mitgliedes zu erweitern. Als das Zentrum auf Hitlers Anfrage, ob es bereit wäre, einer Vertagung des Reichstags auf ein Jahr zuzustimmen, mit der



Auffstellung eines Fragebogens antwortete, der alle erdenklichen verfassungsrechtlichen und parteipolitischen Bedenken zur Sprache brachte, ergriff Hitler die Gelegenheit, las ein Nein heraus und brach die Unterhandlungen ab. Er hat also die Verhandlungen nicht weiter getrieben, als der Augenblick erforderte. Nun hatte er die Hände frei. In divinatorischer Erfassung der Lage ging er sofort zur Offensive über und betätigte diese in einem großen Entschluß. Divination schützt nicht vor Irrtum und bleibt oft auf bestimmte und begrenzte Bereiche des Wirkungsverlangens gerichtet, aber wo sie wie in diesem Falle voll und ungebrochen zur Geltung kommt, ist ihr eine unheimliche Suggestionkraft gegeben.

Der Kanzler zog sich nicht auf eine Präsidialregierung zurück, sondern löste den Reichstag auf. Er hat diesen Entschluß nicht nur gegen die Deutschnationalen, sondern auch gegen Bedenken seiner eigenen Partei durchgesetzt und erwies sich abermals als echter Führer. Er ging den parlamentarischen Weg, um sich das Parlament gefügig zu machen; er nützte die Begeisterung der Stunde und die Anziehungskraft des Erfolgs, um die Mehrheit zu sich herüberzuziehen. Es war ein kühnes Spiel, und es konnte nur in diesem Augenblick glücken. Aber es richtete sich, da es ganz auf die Machtstellung der eigenen Partei bezogen war, mittelbar auch gegen die Deutschnationalen, die schon dreimal erfahren hatten, daß sie ihren Bestand an Stimmen und Mandaten nicht erhöhen konnten, solange die Anziehungskraft des Nationalsozialismus währte.

Hitlers Entschluß hat also nach drei Seiten klärend gewirkt. Darüber hinaus enthielt er einen Verzicht auf die Inanspruchnahme der Präsidialgewalt als Rückendeckung einer zwischen den Parteien verlassenen oder über den Parteien schwebenden Regierung. Das erst gibt ihm das volle Gepräge. Der Reichspräsident hat sich am 30. Januar 1933 aus dem Staub der Arena zurückgezogen, in der die Parteien nun mit verkehrter Front um die Entscheidung rangen. Noch einmal wurde alles auf Kampf gestellt. Das entsprach dem Prinzip der nationalsozialistischen Bewegung.

Unmittelbar nach der Verkündigung des Auflösungsbeschlusses wurden im Kabinett Hitler die letzten Posten besetzt. Es war ein Koalitionskabinett und enthielt als solches nicht einmal eine



nationalsozialistische Mehrheit. Die großen Ministerien waren zum großen Teil im Besitz von Fachmännern, die den Deutschnationalen näher standen als den Nationalsozialisten. Aber die Posten, von denen die innere Politik beherrscht wurde, die waren in Hitlers Hand. Er selbst bestimmte als Reichskanzler die innere wie die äußere Politik, Frick erhielt das Ministerium des Innern, das rasch zu großer Machtfülle gelangte, Göring wurde Reichsminister ohne Portefeuille und Reichskommissar für die Luftfahrt, und Goebbels begründete bald darauf das Ministerium der Volksaufklärung, von dem im Laufe der Zeit eine ungeheure Einflußnahme auf die Entwicklung der nationalsozialistischen Staatsidee ausgehen sollte.

Von diesen Positionen aus hat Hitler das Feld der ganzen inneren Politik beherrscht. Der äußeren Politik entschlug er sich mit Bedacht, solange das innere Feld nicht abgeräumt war. Er wollte erst ganz Deutschland gewinnen, und dazu fehlte noch viel. Freiherr von Neurath blieb daher Minister des Außern, General von Blomberg, von der Verteidigung Ostpreußens abberufen, erhielt das Wehrministerium, der Stahlhelmführer Selbte wurde Arbeitsminister, Gürtner behielt das Justizministerium und Graf von Schwerin-Krosigk das Ministerium der Finanzen. Hugenberg hatte den von ihm gestellten Bedingungen gemäß das Wirtschaftsministerium mit dem der Landwirtschaft in seiner Hand vereinigt. Er erschien also im Hinblick auf die überwältigende Bedeutung dieser Ministerien als die stärkste Potenz des Kabinetts. Aber es lag nun an ihm, diese zweckentsprechende Vereinigung zweier aneinander grenzenden, also auch einander stoßenden Ministerien dem Wiederaufbau dienstbar zu machen, ohne sich die politische Einflußnahme auf die Gesamtpolitik rauben zu lassen. Das war eine sehr schwierige, von Anfang an mit Konflikten bedrohte Aufgabe, die nicht mehr einseitig vom Besitz und von der Finanz aus, sondern mit Rücksicht auf den starken sozialistischen Einschlag der Bewegung nur noch unter Zugrundelegung des staatssozialistischen Prinzips gelöst werden konnte. Papen, der das Beste zum Gelingen der Kombination getan, stand vor einer nicht minder schwierigen Aufgabe. Er war als Vizekanzler der Stellvertreter des Reichskanzlers und blieb der persönliche Vertrauensmann des Reichspräsidenten, er-



schien also als ein homo regius, der zwischen zwei Gewalten vermitteln mußte.

Die ganze Konstruktion war auf ein Abwägen der Kräfte aufgebaut, das die Macht in den Händen Hitlers ließ. Beinahe zwei Monate verstrichen, bevor die neue Machtbildung sich endgültig setzte. In dieser Zwischenzeit nahm die Gesetzgebung auf dem Verordnungswege noch ihren Fortgang. Da das Parlament keine arbeitsfähige Mehrheit lieferte und die Neuwahlen erst im März stattfinden konnten, blieb dies der letzte Ausweg. Hitler ließ es aber nicht dabei, sondern trat sofort mit einer großen Rundgebung vor das Volk, um seine Ziele ins Weite zu stecken. Dieses Manifest ist schon am 1. Februar erschienen. Es war ein Entwurf von unerhörtem Ausmaß, in dem die Fristen selbstherrlich gesetzt waren, der aber deutlich erkennen ließ, daß der Kanzler nicht gesonnen war, sich das Heft aus der Hand nehmen zu lassen. Die Machtnahme war zum Machtbesitz geworden.

\*

Adolf Hitler hat in dieser Rundgebung vier Jahre Zeit gefordert, um sein Werk bis zur ersten großen Etappe, der Befreiung aus Zerrissenheit und Ohnmacht, aus Not und Arbeitslosigkeit durchzuführen. Die Rundgebung sprach ausdrücklich von einer nationalen Regierung, aber sie gab ebenso bestimmt dem Gedanken Ausdruck, daß die geistige und willensmäßige Einheit des deutschen Volkes wieder hergestellt werden müsse. Sie umschrieb dies näher, indem sie das Christentum als die Grundlage der gesamten Moral und die Familie als die Keimzelle des Volks- und Staatskörpers bezeichnete und der geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung einen unbarmherzigen Krieg ansagte. Daraus ergab sich als erste Zielsetzung die Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands von selbst.

Die Rundgebung trug also kämpferischen Charakter, ließ aber keinem revolutionären Gedanken Ausdruck. Sie sprach ausdrücklich von dem gemeinsamen Bunde, zu dem der ehrwürdige Reichspräsident dem Kabinett die Hände geschlossen habe, und bezog Hindenburg



dadurch in die Bewegung ein, indem sie ihm zugleich den Stuhl als Vermittler und Schutzherrn dieses Bundes höher setzte.

Nicht weniger klug und vorausschauend war die äußere Politik umschrieben, die auf die Wahrung der Lebensrechte und die Wiedererringung der Freiheit des deutschen Volkes gerichtet sein sollte, aber in einem geschickt gefaßten Konditionalsatz beifügte, daß die Regierung beglückt wäre, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen dafür sorgte, daß Deutschland nicht gezwungen werde, seine eigenen Waffen zu vermehren.

Nichts ließ also auf eine Umkehr der deutschen Politik schließen. Die Kontinuität war gewahrt. Um so stärker wirkte die Dynamik, die diese Rundgebung erfüllte. Sie bestimmte nicht nur Fassung und Haltung des Manifests, sondern wirkte sich auch in der Erfassung und Deutung seines Inhalts aus. Es war etwas von jenem magischen Fluidum darin zu spüren, das allen elementaren Kräften eigen ist und weder gemessen noch gewogen werden kann. Insofern enthielt diese Rundgebung unausgesprochen doch etwas Revolutionäres, also etwas, das nur noch der Legitimation bedurfte, um frei zu werden.

Solange das Kabinett noch um die Befestigung seiner Macht rang, blieb diese Sprengkraft gebunden. Es galt, von Hitler aus gedacht, sich zuerst gegenüber den Ländern, vor allem aber in Preußen selbst durchzusetzen. Die Reichsregulation, die Papan in Preußen durchgeführt hatte, war noch nicht über den Landtag Herr geworden. Ein nationalsozialistischer Antrag auf Auflösung des Preußenparlamentes war unterlegen und an ein geregeltes Regieren nicht mehr zu denken. Die ihrer Amtsgewalt entkleidete Regierung Braun-Severing führte zwar die Geschäfte nicht mehr, aber sie bestand als Hoheitsregierung noch fort, und es war kein Ende dieses unerträglichen Zustandes abzusehen. Da zerschlug Hindenburg den gordischen Knoten, indem er auf Hitlers Antrag dem Vizekanzler von Papan als Reichskommissar für Preußen und als dessen Beauftragten dem Minister Göring alle Befugnisse übertrug, die dem preußischen Staatsministerium und dessen Mitgliedern nach dem Urteil des Reichsgerichtshofes zustanden. Vergebens rief Severing noch einmal nach einem richterlichen Entscheid, die Staatsräson



ging darüber hinweg. Auch die Einsprachen der süddeutschen Länder, deren geschäftsführende Regierungen sich aufs neue bedroht sahen, gingen verloren. Die Auflösung des Landtags und die Ausschreibung von Neuwahlen, die mit den Reichstagswahlen gekoppelt wurden, brachten das Spiel zu Ende. Der alten Mehrheit blieb nichts als eine gute Wahlparole, aber auch diese verlor an Kraft, als die Propaganda der Nationalsozialisten ganz Deutschland überschwemmte. Unter diesen Umständen mußte die aus den Kommunisten, den Sozialdemokraten und dem Zentrum gebildete Gegnerschaft sich ganz auf die vitalen Grundsätze ihrer Programme und auf den Kampfgeist ihrer Anhänger verlassen — alles andere zählte nicht mehr.

Das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg, das vor der Öffentlichkeit als Triumvirat erschien, hat diesen Reichstag-Wahlkampf nicht als solches eröffnet. Die Nationalsozialisten gingen allein in den Kampf. Papen trat mit Selbte und Hugenberg unter der schwarzweiß-roten Flagge zu einem neuen Triumvirat zusammen. Das sah nicht nach einer geschlossenen Front aus, war aber in der Entstehungsgeschichte der Koalition und im Verhältnis der in dieser wirksamen Kräfte begründet. Die Last dieser Unterscheidung trugen die Deutschnationalen. Der Wahlkampf erfüllte den ganzen Februar mit leidenschaftlichen Auseinandersetzungen und wurde von allen Parteien mit Anspannung der letzten Kräfte ausgetragen. Die Kommunisten, die jetzt als einzige revolutionäre Partei in der Opposition fochten, wußten, daß sie zuerst an die Reihe kamen, wenn der Nationalsozialismus als Sieger aus dem Kampf hervorging und dann zur großen Abrechnung schritt. Sie haben diesen Kampf buchstäblich bis aufs Messer geführt.

\*

Unterdessen tagte in Genf die Abrüstungskonferenz. Sie stand, von Frankreich aus betrachtet, ganz unter dem Eindruck, den der Gestaltwandel Deutschlands in Paris geweckt hatte. Frankreich sah sich nicht mehr allein, aber sein großer Umrüstungsplan hatte so viele Angriffe erfahren, daß es ihn verloren geben mußte. Da Eng-



land nicht aus seiner Zurückhaltung herausgetreten war, hatte dieser Plan schließlich die Gestalt eines kontinentalen Sicherheitspaktes angenommen, der in erster Linie der Sicherstellung Frankreichs galt, zugleich gegen Deutschlands Berufsarmee gerichtet war und dem Völkerbund die von einem Verbot bedrohten schweren Angriffswaffen zur Verfügung stellte. Die deutsche Abordnung hatte ihre Sitze wieder eingenommen und überraschte die Konferenz durch ihre Verhandlungsbereitschaft, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß die Gleichberechtigung Deutschlands die *conditio sine qua non* dieser Bereitschaft bildete. Nadolny erklärte ausdrücklich, daß die Deutschen erst in die Konferenz zurückgekehrt seien, nachdem die fünf Großmächte am 11. Dezember 1932 die Gleichberechtigung als Grundlage der Verhandlungen anerkannt hätten. Es handele sich da um ein „*fait acquit*“, eine festgestellte Tatsache, an der man nicht mehr vorübergehen könne. Deutschland gründete darauf eine neue Formel, die der Verwirklichung der Gleichberechtigung die Wege wies. In dieser Formel wurde festgestellt, daß die Herabsetzung der Rüstungen nicht an neue, zusätzliche Sicherheiten gebunden werden dürfe und daß die Rüstung Deutschlands zu dieser Rüstungsbeschränkung der hochgerüsteten Staaten in Beziehung gesetzt werden müsse. Das war nichts anderes als ein Vorschlag zu einer Verständigung auf einer mittleren Plattform, die die hochgerüsteten Staaten im Abstieg, die entwaffneten Staaten im Aufstieg gewinnen mußten, um dort die Gleichberechtigung und die ersehnte Beschränkung der Rüstungen auf einer alle tragenden Grundfläche zu finden.

Da erhob Paul-Boncour, der Vertreter Frankreichs, den formell berechtigten Einwand, daß das Abkommen vom 11. Dezember zwar zu Recht bestehe, daß es aber nur ein Abkommen unter fünf Mächten darstelle und daß die Abrüstungskonferenz, an der alle Staaten beteiligt seien, an dieses Abkommen nicht gebunden sei. Überdies sei auch dieses Abkommen von der Herstellung eines Regiments der Sicherheit für alle Nationen abhängig gemacht worden. Mit dieser Auslegung des Dezemberpaktes hatte Frankreich nicht nur das Abkommen selbst entwertet, sondern sich auch von ihm geschieden. Man stand wieder einmal vor einem aufgetrennten Ge-



ging darüber hinweg. Auch die Einsprachen der süddeutschen Länder, deren geschäftsführende Regierungen sich aufs neue bedroht sahen, gingen verloren. Die Auflösung des Landtags und die Ausschreibung von Neuwahlen, die mit den Reichstagswahlen gekoppelt wurden, brachten das Spiel zu Ende. Der alten Mehrheit blieb nichts als eine gute Wahlparole, aber auch diese verlor an Kraft, als die Propaganda der Nationalsozialisten ganz Deutschland überschwemmte. Unter diesen Umständen mußte die aus den Kommunisten, den Sozialdemokraten und dem Zentrum gebildete Gegnerschaft sich ganz auf die vitalen Grundsätze ihrer Programme und auf den Kampfgeist ihrer Anhänger verlassen — alles andere zählte nicht mehr.

Das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg, das vor der Öffentlichkeit als Triumvirat erschien, hat diesen Reichstag-Wahlkampf nicht als solches eröffnet. Die Nationalsozialisten gingen allein in den Kampf. Papen trat mit Selbte und Hugenberg unter der schwarz-weiß-roten Flagge zu einem neuen Triumvirat zusammen. Das sah nicht nach einer geschlossenen Front aus, war aber in der Entstehungsgeschichte der Koalition und im Verhältnis der in dieser wirksamen Kräfte begründet. Die Last dieser Unterscheidung trugen die Deutschnationalen. Der Wahlkampf erfüllte den ganzen Februar mit leidenschaftlichen Auseinandersetzungen und wurde von allen Parteien mit Anspannung der letzten Kräfte ausgetragen. Die Kommunisten, die jetzt als einzige revolutionäre Partei in der Opposition fochten, wußten, daß sie zuerst an die Reihe kamen, wenn der Nationalsozialismus als Sieger aus dem Kampf hervorging und dann zur großen Abrechnung schritt. Sie haben diesen Kampf buchstäblich bis aufs Messer geführt.

\*

Unterdessen tagte in Genf die Abrüstungskonferenz. Sie stand, von Frankreich aus betrachtet, ganz unter dem Eindruck, den der Gestaltwandel Deutschlands in Paris geweckt hatte. Frankreich sah sich nicht mehr allein, aber sein großer Umrüstungsplan hatte so viele Angriffe erfahren, daß es ihn verloren geben mußte. Da Eng-



land nicht aus seiner Zurückhaltung herausgetreten war, hatte dieser Plan schließlich die Gestalt eines kontinentalen Sicherheitspaktes angenommen, der in erster Linie der Sicherstellung Frankreichs galt, zugleich gegen Deutschlands Berufsarmee gerichtet war und dem Völkerbund die von einem Verbot bedrohten schweren Angriffswaffen zur Verfügung stellte. Die deutsche Abordnung hatte ihre Sitze wieder eingenommen und überraschte die Konferenz durch ihre Verhandlungsbereitschaft, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß die Gleichberechtigung Deutschlands die *conditio sine qua non* dieser Bereitschaft bildete. Nadolny erklärte ausdrücklich, daß die Deutschen erst in die Konferenz zurückgekehrt seien, nachdem die fünf Großmächte am 11. Dezember 1932 die Gleichberechtigung als Grundlage der Verhandlungen anerkannt hätten. Es handele sich da um ein „*fait acquit*“, eine festgestellte Tatsache, an der man nicht mehr vorübergehen könne. Deutschland gründete darauf eine neue Formel, die der Verwirklichung der Gleichberechtigung die Wege wies. In dieser Formel wurde festgestellt, daß die Herabsetzung der Rüstungen nicht an neue, zusätzliche Sicherheiten gebunden werden dürfe und daß die Rüstung Deutschlands zu dieser Rüstungsbeschränkung der hochgerüsteten Staaten in Beziehung gesetzt werden müsse. Das war nichts anderes als ein Vorschlag zu einer Verständigung auf einer mittleren Plattform, die die hochgerüsteten Staaten im Abstieg, die entwaffneten Staaten im Aufstieg gewinnen mußten, um dort die Gleichberechtigung und die ersehnte Beschränkung der Rüstungen auf einer alle tragenden Grundfläche zu finden.

Da erhob Paul-Boncour, der Vertreter Frankreichs, den formell berechtigten Einwand, daß das Abkommen vom 11. Dezember zwar zu Recht bestehe, daß es aber nur ein Abkommen unter fünf Mächten darstelle und daß die Abrüstungskonferenz, an der alle Staaten beteiligt seien, an dieses Abkommen nicht gebunden sei. Überdies sei auch dieses Abkommen von der Herstellung eines Regiments der Sicherheit für alle Nationen abhängig gemacht worden. Mit dieser Auslegung des Dezemberpaktes hatte Frankreich nicht nur das Abkommen selbst entwertet, sondern sich auch von ihm geschieden. Man stand wieder einmal vor einem aufgetrennten Ge-



webe. Die Beschränkung der Rüstungen war von Frankreich wiederum verweigert und Deutschlands Gleichberechtigung in der Praxis abermals verleugnet worden.

Aber selbst diese elementaren Vorgänge verschwanden hinter dem ostasiatischen Konflikt, der auf dieser Tagung in die Entscheidung wuchs. Der Ausschuß des Völkerbundes hatte die Japaner vor die Frage gestellt, ob sie bereit seien, die Souveränität Chinas über die Mandschurei anzuerkennen oder nicht. Japan antwortete mit Nein und trat aus dem Völkerbund aus.

\*

Der Widerhall der Genfer Vorgänge kam in Deutschland nicht zu voller Geltung, da der Wahlkampf zu einer allgemeinen Auseinandersetzung geworden war. Auch die Opposition zog getrennt zu Feld, aber sie war weniger auf ein großes Prinzip verpflichtet als die Regierungsparteien. Das Zentrum und die bayrische Volkspartei konnten sich nicht mehr in die Front der Linken eingliedern lassen, sondern fochten ohne Anlehnung in der Mitte und wären in dieser Stellung hart bedrängt worden, wenn ihnen nicht besondere Umstände den Kampf erleichtert hätten. Die bayrische Volkspartei hatte den schwierigeren Stand. Sie kämpfte auf einer süddeutschen Front, die als solche gar nicht mehr bestand. Als sie mit offenem Widerstand gegen etwa vorhandene Reichserektionspläne drohte und sich auf die monarchische Tradition besann, antwortete ihr der Reichsminister des Innern Dr. Frick, der doch selbst ein Bayer war, daß separatistische Gedanken nicht in Lauf gesetzt werden dürften. Die Reichsregierung kenne keine Mainlinie.

Das Zentrum focht noch einmal als Verfassungspartei. Es besaß in Brüning den berufenen Führer, und man sah den Mann, der als Reichskanzler die Menge und die Repräsentation gemieden hatte, nun in großen öffentlichen Versammlungen die Massen zu Rundgebungen entflammen, die mehr noch für ihn als für seine Sache zeugten.

Aber die größte Wirkung übte auch diesmal Hitlers mitreißende Persönlichkeit. Er wuchs in diesem Wahlkampf über sich hinaus.



Nicht der Reichskanzler, sondern der Kanzler, der aus dem Volke aufgestiegen war, trat auf die Tribüne. Er schuf seinem Amte eine neue Gloriole und ist als Volkskanzler aus diesem Wahlkampf hervorgegangen.

So wurde diese Reichstagswahl zu einer Auseinandersetzung, in der die Parteien zum erstenmal mit klar und gerade ausgerichteten Fronten um die Entscheidung rangen, eine Entscheidung, die noch einmal auf des Messers Schneide stand, denn nun kam jede Stimme zu Gewicht. Die Stärken der großen Parteien hatten sich gesetzt. Der Nationalsozialismus war durch die Übernahme der Regierung, die ihn im Bunde mit den Deutschnationalen und dem Stahlhelm sah, nicht von seiner Grundsätzlichkeit und seiner antimarxistischen Parole abgedrängt worden, aber er besaß trotz der Verfügung über den Staatsmechanismus nicht die volle Bewegungsfreiheit, die das Privileg jeder rücksichtslos vorgehenden großen Oppositionspartei ist. Adolf Hitler hat nicht am Erfolg gezweifelt. Sein unbeirrbarer Instinkt witterte Morgenluft, wo Rechner und Klügler noch im Dunkel tappten.

Als der Februar sich neigte, schwoll der Wahlkampf zu unerhörter Fülle. Ganz Deutschland war in den Wahlversammlungen, überall dröhnte der Marschtritt der Massen, kommunistischer Terror malte blutige Zeichen in das bewegte Bild. Mit eiserner Faust griff Göring, der jetzt die preussische Polizeimacht unter sich hatte, in das Getriebe und scheute weder vor Verboten noch vor Verhaftungen zurück, um die marxistische Propaganda einzudämmen. Auch die Sozialdemokratische Partei sah sich zuletzt ganz in die Verteidigung gedrängt.

Da flammte in der Nacht auf den 28. Februar plötzlich die Kuppel des Reichstagsgebäudes von einem im Innern gelegten Brand. Die erste Hilfe war schon zur Stelle, als der Feuerschein noch spukhaft an den Fenstern hinkief, aber es waren der Brandherde zu viele, so daß man das Innere des Riesenbaues verloren geben mußte. Als loderndes Fanal stand die geborstene Kuppel in der Nacht. Van der Lubbe, ein junger holländischer Kommunist, auf frischer Tat ertappt, ließ sich als Brandstifter willig abführen. Er war ganz von dem Bewußtsein einer herostratischen Tat getragen,



die, in seinem Hirn erzeugt oder von anderen entfacht, zu gespenstischem Leben gekommen war.

Die Reichstagsfackel verloderte, ohne der Kommunistischen Partei zum Aufbruch zu leuchten. Noch in der Brandnacht und am folgenden Tage wurden ihre Führer gefangen genommen und jeder Versuch zur Erhebung im Reime erstickt. Eine Notverordnung verlieh der Regierung die Macht, die Rechte des Individuums und der Presse zu beschränken, und setzte auf Hochverrat, Brandstiftung und gemeingefährliche Anschläge die Todesstrafe. Die kommunistische Propaganda fiel unter Verbot, auch die sozialdemokratische wurde beschnitten. Vom Karl-Liebknecht-Haus, dessen geheime Keller erbrochen und ausgeräumt wurden, wehte die Hakenkreuzfahne. Beide Parteien haben sich von diesem Schlage nicht mehr erholt. Van der Lubbes Fanal hatte sich gegen sie selbst gewendet.

Am 5. März schritt ganz Deutschland zur Reichstagswahl und Preußen zur Landtagswahl. Nicht weniger als 88,5 Prozent der Reichstagswähler und 88,9 Prozent der Landtagswähler gingen zur Urne. Von den 647 Reichstagssitzen, die auf diese Wählermasse zur Verteilung kamen, erhielten die Regierungsparteien 340, von den 462 des preussischen Landtags fielen ihnen 250 zu; sie hatten also in beiden Parlamenten die Mehrheit errungen. Adolf Hitler hatte als Reichskanzler recht behalten. Aber er hatte auch als Parteiführer gesiegt, denn die Nationalsozialisten gingen aus beiden Wahlen als die weitaus größte Partei hervor. Sie zogen mit 288 Abgeordneten in den Reichstag und mit 207 in den Landtag ein. Die Partei hatte nicht aufgehört Bewegung zu sein. Sie war jetzt in einem Vormarsch begriffen, dem Hitler das Ziel nach eigenem Ermessen setzen konnte. Er hielt nicht nur das Schicksal der Koalition, sondern auch das Schicksal Deutschlands in der Hand.

Er stand am Scheidewege.

\*



Wären diese Wahlen in einem Lande erfolgt, das sich normaler Lebensbedingungen und gesicherter sozialer und politischer Verhältnisse erfreute und auf eine ungebrochene Überlieferung zurückschaute und vertraute, so hätte kein Anlaß zu besonderer Beurteilung und Bewertung dieses Wahlausfalls vorgelegen. Dann wäre lediglich festgestellt worden, daß die ins Amt und zur Führung berufene Regierung die hinter ihr stehende Minderheit von 48 Prozent in eine Mehrheit von 52 Prozent verwandelt habe, also nun im Besitze einer Mehrheit sei, die ihr erlaubte, diese Mehrheit bei straffer Zucht zur Geltung zu bringen und der Verfassung getreu das parlamentarische System der repräsentativen Demokratie wieder voll in Erscheinung treten zu lassen. Dann hätte man einfach ausgerechnet, daß 288 Nationalsozialisten und 52 Deutschnationale, denen man noch 9 Mandate rechtsstehender Splitterparteien zuzählen konnte, einer Minderheit von 73 Zentrumsleuten, 19 Vertretern der Bayerischen Volkspartei in der Mitte und 125 Sozialdemokraten und 81 Kommunisten auf der Linken gegenüberstanden und daß nun eine Ausscheidung Platz greifen konnte, die die Stellungnahme dieser Gruppen zur Regierung neu bestimmte. Dann wäre einer Neubelebung der Verfassung nichts im Wege gestanden. Aber so einfach lagen die Dinge nicht. Die Mehrheit, die mit Hilfe und zum Teil auch unter Beschneidung der Verfassung zur Macht gekommen war, stand dieser Verfassung fremd und ablehnend gegenüber, und auch die Minderheit fühlte sich dieser Verfassung nicht samt und sonders verpflichtet, denn die 81 kommunistischen Stimmen blieben von vornherein abzuziehen. Die Verfassungskrise, die seit Brüning's erster Kanzlerschaft umging, war dadurch zur Verfassungskatastrophe geworden.

Hitler stand also vor einer Lage, die nicht auf dem Grunde der Verfassung verankert war, sondern antikonstitutionellen Kräften gehorchte. Das gab ihm eine Entscheidung in die Hand, die ihn entweder zur Verfassung hin- oder von der Verfassung wegführte, aber nicht aus dieser geschöpft werden konnte. Er war in diesem Augenblick zur Nachprüfung seiner politischen Grundanschauung verhalten. Da diese zwar das Urprinzip der Demokratie, die Ausübung der Staatsherrschaft durch gleichberechtigte Volksgenossen, nicht verleugnete, aber lediglich das Plebiszit gelten ließ, auf das gestützt die



vom Volke Beauftragten unter eigener Verantwortung autoritär regierten, kam eine Entscheidung zur Verfassung hin für ihn von vornherein nicht in Betracht. Die Entscheidung, die ihn von der Verfassung wegführte, war also die im voraus gegebene. Er betrat somit revolutionären Boden. Aber damit war noch nicht gesagt, wohin diese Entwicklung führte, war nicht einmal deutlich gemacht, ob die Vorbereitung einer neuen politischen Lebensgestalt gewaltsam oder auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen sollte. Ob Revolution oder Reform war eigentlich immer noch eine offene Frage, die durch revolutionäres Gebaren nicht vorentschieden wurde.

Am 6. März war die Welt über die kommenden Dinge noch völlig im unklaren. Nur die Männer um Hitler wußten, daß keine halbe Entscheidung getroffen werden würde. Er selbst hatte nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er sich als nationaler Revolutionär fühlte, aber die Kunst der Zügelhaltung immer so spielend geübt — es war in Wirklichkeit kein Spiel, sondern eine Anspannung sondergleichen —, daß niemand den Gang der Ereignisse vorausbestimmen konnte. Vielleicht er selbst nicht einmal, denn er blieb an das intuitive, um nicht zu sagen instinktmäßige Handeln aus der augenblicklichen Sach- und Seelenlage gebunden. Aber das bezieht sich nur auf die Umstände, der Zielsetzung war er sich immer bewußt, und diese erblickte er nach der Märzwahl in der Überführung des deutschen Volkes in ein Drittes Reich.

Diese Entwicklung konnte zunächst nur aus der nationalen Sphäre erfolgen und begriffen werden. Daraus ergab sich von selbst eine Bewegung, die Revolution und Reform vermischte. Nach diesem Prinzip hat Hitler gehandelt. Es kam daher nach dem Wahlsieg zuerst zu einer von der Staatsgewalt geduldeten nationalen Revolution, die von unten nach oben wirkte, ohne daß die Führung die Massen aus der Hand verloren hätte.

Das erlaubte auch der schwarz-weiß-roten Kampffront, zu der sich Deutschnationale, Stahlhelm und verwandte Kräfte unter der Ägide Papens, Hugenburgs und Selbtes im Wahlkampf verbunden hatten, das Mitgehen, aber es täuschte sie zugleich über die Gefahren hinweg, die den konservativen Parteien daraus erwachsen. Der Nationalsozialismus erlangte dadurch die unbestrittene geistige



Führung, und die Deutschnationalen und der Stahlhelm verloren dadurch ihre Bewegungsfreiheit. Da sie sich im Wahlkampf nur behauptet und keinen Zulauf gefunden hatten, während der Nationalsozialismus Millionen von Stimmen gewann, ist ihnen kaum etwas anderes übriggeblieben, als Schritt und Richtung zu halten, um nicht unter die Füße ihrer Verbündeten getreten zu werden. Die Entscheidung, die sie betraf, war schon am 30. Januar gefallen.

\*

Am 7. März bestand über den Sinn, der den Reichstags- und Landtagswahlen gegeben werden sollte, kein Zweifel mehr. Die Regierung erklärte, daß dem Reichstag alsbald ein Gesetz mit verfassungsänderndem Charakter vorgelegt werde, das ihr das Recht geben müsse, ohne das Parlament zu regieren. Damit ging die Stärkung der ausführenden Gewalt Hand in Hand. Der Reichsminister des Innern übernahm die Polizeigewalt in Sachsen, Württemberg und Baden und den kleineren Gliedstaaten des Reiches und fand nirgends Widerstand. Selbst die geschäftsführende Regierung Bayerns bot Unterhandlungen an. Aber bevor die Bayrische Volkspartei, die immer noch vom Glauben an die Möglichkeit einer Koalition mit den Nationalsozialisten zehrte, sich über die Möglichkeiten einer solchen Entwicklung klar geworden war, ging die Woge auch über sie hinweg. Am 9. März wurde General von Epp, einer der ältesten Getreuen Hitlers, zum Reichskommissar von Bayern ernannt und nahm mit Hilfe der SA und der SS von der Macht Besitz. Die bayrische Regierung wich unter Protest, aber dieser fand keinen Widerhall. Die Nationalsozialisten besetzten alle öffentlichen Gebäude, ergriffen die Polizeigewalt und forderten als nun zur Anerkennung gelangte Macht Gehorsam. Da ergab sich die ihres Amtes enthobene Regierung Heldt in ihr Schicksal. Die badische, die sächsische, die württembergische Regierung folgten nach. In weniger als acht Tagen triumphierte in ganz Deutschland die nationale, vom Nationalsozialismus entfesselte Revolution. Am 12. März legalisierte der Reichspräsident die Vorgänge zugunsten des Hakenkreuzes, indem er bestimmte, daß



fortan die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne gemeinsam als Symbole des Reiches aufzuziehen seien. Sie verbanden die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation. Vereint versinnbildlichten sie die Macht des Staates und die innere Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volkes. Die Farben Schwarz-Rot-Gold verschwanden von den Masten, ohne daß sich eine Hand für sie gerührt hätte.

Nun war kein Halten mehr. Als am Tage darauf in Preußen die Gemeindewahlen stattfanden, verloren die Sozialdemokraten 25 Prozent ihrer Sitze und Stimmen und die Kommunisten beinahe ihren ganzen Besitzstand. In Berlin errangen die Regierungsparteien zum erstenmal nach dem Kriege die absolute Mehrheit. Das „Rote Berlin“ hißte das Hakenkreuz. In allen Gemeindeverwaltungen kam der Nationalsozialismus zur Macht. Die Besetzung der Rathäuser durch die SA fand ihren Abschluß erst, als die Bürgermeister der alten Richtung überall ihre Stellungen geräumt hatten. Als dies erreicht war, zog die Parteiführung die Zügel an. Sie befahl die Einstellung aller selbständigen und eigenmächtigen Handlungen der Parteiorgane und nahm die Ausübung der Gewalt wieder in die eigene Hand. Da das Reichsbanner und die Eiserne Front sich kampflos ergeben hatten, war keine konterrevolutionäre Bewegung mehr zu fürchten.

Die Machtergreifung hatte im ganzen Reiche mit der Machtbesitznahme geendet, ohne daß es zu größerem Blutvergießen gekommen wäre. Zwar wurde Schußhaft über viele Gegner der Bewegung verhängt, und die Sammellager füllten sich mit Tausenden von eingebrachten Kommunisten und Sozialdemokraten, die der Gegenwehr oder der Agitation verdächtig erschienen, zwar flohen zahlreiche Intellektuelle, die im anderen Lager standen, über die Grenzen, zwar entvölkerten sich ganze Straßenzellen, in denen die Juden die Bewohner gestellt hatten, aber die nationale Revolution hat weder zu Füllladen noch zu Noyaden noch zu einem Pogrom gegriffen, um sich durch Schrecken zu behaupten. Es war, aufs Ganze gesehen, eine unblutige Umwälzung, und auf ihre Wesenszüge hin betrachtet, eine disziplinierte Revolution. Sie hatte der entschlossenen Gegner-



schaft ermangelt. Der Sieg war mit dem Stimmzettel erfochten worden, was folgte, war rücksichtslose Ausnützung einer immer noch zweifelhaften Lage, zu der eine nahezu gleichstarke Minderheit sich hergab, da ihr der Kampfgeist abhanden gekommen war. Die Marxisten wollten nicht auf die Barrikade steigen, und das Zentrum konnte als Verfassungspartei nicht für einen Rechtszustand kämpfen, der, einst aus einer Revolte heraus legalisiert, in sich selbst zusammengebrochen war. Die humanisierte Form dieser Revolution war also in den Umständen begründet.

Als die Revolution in die Hände des Führers zurückgelegt wurde, gab dieser ihr als Reichskanzler das Gepräge einer auf die gänzliche Umgestaltung des Reiches gerichteten Reform, ohne ihr die latente revolutionäre Stoßkraft zu nehmen.

Diese Entwicklung ist im ersten Jahre der neuen Machtsetzung so weit gefördert worden, daß sich eine nahezu vollständige „Gleichschaltung“ des Reiches und der Länder und aller öffentlichen und privaten Gewalten ergab. Es war im Grunde eine Einbeziehung aller Staats- und Kommunalgewalten, aller Körperschaften und Einrichtungen in die nationalsozialistische Bewegung. Diese ist dadurch zu einer Gesamtorganisation des öffentlichen Lebens erhoben worden und verpflichtete das Individuum auf die dergestalt hergestellte und gekennzeichnete Gemeinschaft. Eine solche Verwandlung war ohne Beispiel in der Geschichte. Wäre sie nicht auf nationaler Grundlage erfolgt, so hätte sie sich dem auf die Herrschaft einer Klasse gegründeten bolschewistischen Ideal der Verfassung der Gesellschaft auf einer tiefgelegenen Ebene genähert, so aber blieb sie zu ihrem Glück an das Ideal einer Volksgemeinschaft gebunden, die, als Ganzes erfaßt und ständisch gegliedert, zum Träger des Schicksals des Vaterlandes wurde und von dem hochschlagenden nationalen Puls auch den Antrieb zu einer Höhergestaltung des Daseins empfing.

Eine solche Verwandlung war nur in einem Volke möglich, das nach einem heroisch durchgeführten Weltkrieg im Zusammenbruch durch alle Leiden, Entbehrungen und Demütigungen gegangen war, die einem großen Volke je auferlegt worden sind, und das zuletzt seine soziologische Struktur so zerstört gesehen hatte, daß ihm nichts ge-



blieben war, als sich auf der urtümlichsten Grundlage, hart an den Mutterboden gedrückt, seelisch und gefühlsmäßig ganz von unten auf zu erneuern. Daß in diesem Zustand etwas Rückläufiges steckte und ein Zwang wirksam wurde, war einzig in den Umständen begründet. Daß dieser Umkehr nicht sofort das ganze Volk gewonnen werden konnte, ergab sich aus der Differenzierung der Generationen und der Weltanschauungen von selbst. Daß die Jugend sich dieser Bewegung mit vollem Herzen hingab, folgte aus der lange unterdrückten Sehnsucht des von keiner Tradition mehr getragenen jungen Geschlechtes nach einem Ideal, das noch keine Auswertung gefunden, noch keine Abwandlung erfahren hatte und in seiner einfachen, auf die Bande des Blutes und des Bodens gegründeten Urform und in seiner Bezugnahme auf die Person und das Prinzip des Führers zu jungen Menschen wie kein anderes sprach! Gemeinsam aber war allen Deutschen in dieser Stunde ein neues nationales Lebensgefühl, ein Auflodern der Vaterlandsliebe und ein Glaube an Deutschlands Zukunft, die schlechtthin ergreifend wirkten. Da waren Gefühle und Kräfte am Werke, die nie zum Ausdruck gekommen wären, wenn diese Bewegung nicht alles über den Haufen gerannt und den Boden neu umgebrochen hätte, um aus Trümmern und Gräbern ein neues Deutschland ans Licht zu ziehen.

\*

Als der Reichstag am 21. März 1933 in der Garnisonskirche zu Potsdam zusammentrat, um in einem feierlichen Staatsakt die Erklärung der Regierung entgegenzunehmen, wurde dieses erneuerte und zugleich neugeborene Reich der Welt zum erstenmal vor Augen geführt.

Noch einmal kam in der Wahl dieses Ortes und dieser Stätte die Tradition mit voller Kraft zum Ausdruck. Das alte Preußentum wurde angerufen, und mit ihm der Geist der harten Pflichterfüllung und der rücksichtslosesten Hingabe an den Staat. Aber zum erstenmal erfolgte dieser Anruf unter Formen, die der Festfreudigkeit und dem Bedürfnis nach Augenweide eines darbenden Volkes weithin entgegenkamen und dem pathetischen Empfinden einer aufgewühlten Nation entsprachen. Die Revolution der Deutschen hat sich darin



nicht von der Revolution der Franzosen unterschieden. Sie wird auch dadurch als echte Volksbewegung gekennzeichnet.

Potsdam stand in strahlender Frühlingssonne. Zwischen den dunkeln Kiefernforsten und dem hellen Wasserkranz lag die alte Residenz in ein Meer von schwarz-weiß-roten Bannern und roten Hakenkreuzflaggen eingetaucht. Die Kirchenglocken läuteten, der Marschtritt der braunen Bataillone und der grauen Reichswehrtruppen rauschte durch die Straßen, still und verträumt lag Sanssouci. Die Abgeordneten zogen zu feierlichem Gottesdienst in die Kirchen ihrer Konfessionen, dann kamen sie in der Garnisonskirche, in der die Gebeine der beiden großen Preußenkönige ruhen, zur Eröffnungssitzung zusammen. Der Reichspräsident erschien in der Uniform des Generalfeldmarschalls und trat vor den Altar, wo das Kabinett sich um ihn versammelte. Er sprach nur wenige Worte. Am 5. März habe sich das Volk mit einer großen Mehrheit hinter die von ihm berufene Regierung gestellt und dieser dadurch die verfassungsmäßigen Grundlagen für ihre Arbeit gegeben. Er hoffe, daß ihr diese Aufgabe auch durch die Abgeordneten erleichtert werde. Der Ort, an dem diese Rundgebung erfolge, mahne zum Rückblick auf das alte Preußen, das in Gottesfurcht und pflichtgetreuer Arbeit und in vaterländischer Hingabe groß geworden sei und auf dieser Grundlage die deutschen Stämme geeinigt habe. Hindenburg rief den alten Geist auf das neue Geschlecht herab und schloß mit den Worten: „Möge er uns freimachen von Eifersucht und Parteigezänk und uns in nationaler Selbstbestimmung und seelischer Erhebung zusammenschließen zu einem einigen und freien Deutschland!“ Es war der Leitspruch seiner ganzen wechselvollen Präsidentschaft, der, unbeschwert von der Problematik politischen Geschehens, in dieser Stunde noch einmal neu gefaßt und mit erschütterndem Ernst vorgebracht, von seinen Lippen kam. Dann nahm er, die Hände um den Säbelforb gefaltet, vor dem Altar Platz und ließ dem Kanzler das Wort.

Hitler trat im schlichten schwarzen Rock vor das Rednerpult. Glatt lag die braune Haarsträhne auf der ausgearbeiteten Stirn, hart kantete sich das willenskräftige Kinn, mit weichem Griff umfaßten seine Hände das Pult, auf dem der Regierungsakt aufgeschlagen lag.



Ein kurzer Vorspruch wies auf die Verödung der deutschen Wirtschaft, auf die Zerrüttung der Finanzen und die Millionen arbeitsloser Volksgenossen hin; er erinnerte an den Schicksalsgang der deutschen Geschichte und kam zu dem harten Schluß, daß die Theorie vom individuellen Wert der deutschen Stämme die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Willens unterdrückt habe, um mit den auf die Gegenwart hin zusammengefaßten Satz zu enden: „Erst wenn die Not und das Elend das deutsche Volk unmenschlich schlagen, erwächst ihm die Sehnsucht nach einer neuen Erhebung und nach einem neuen Leben.“

Dann kam Hitler zu einem Ausspruch von historischer Bedeutung, indem er daran erinnerte und zugleich feststellte, daß die Revolution vom November 1918 einen Kampf beendet habe, in den die deutsche Nation mit der heiligsten Überzeugung gezogen sei, ihre Freiheit und damit ihr Lebensrecht zu schützen, denn weder der Kaiser noch die Regierung, noch das Volk hätten diesen Krieg gewollt.

Von dieser Feststellung ausgehend gewann der Kanzler den Übergang zu den Aufgaben der Zeit. Er wies darauf hin, daß im deutschen Volke der Glaube an die eigene Kraft zerstört worden sei, daß aber unter Zwiespalt und Hader und mitten im Elend die neue Sammlung der deutschen Menschen begonnen habe, die in gläubigem Vertrauen auf das eigene Volk dieses zu einer neuen Gemeinschaft formen wollten. „Diesen jungen deutschen Männern“, fuhr er in einer feierlichen Apostrophe fort, „haben Sie, Herr Generalfeldmarschall, am 30. Januar 1933 in großherzigem Entschluß die Führung des Reiches anvertraut.“

Hitler brachte also die Machtergreifung zur Bewegung in unmittelbare Beziehung. Er erklärte dann, die nationale Regierung sei überzeugt gewesen, daß das deutsche Volk selbst seine Zustimmung zu der neuen Ordnung geben müsse und habe deshalb den Reichstag aufgelöst. Am 5. März aber habe das Volk in einer einzigartigen Erhebung die Vermählung zwischen den Symbolen der alten Größe und der neuen Kraft vollzogen. Darauf gestützt bekenne die Regierung in dieser feierlichen Stunde ihren unerschütterlichen Willen, das große Reformwerk der Reorganisation des deutschen Volkes



und des deutschen Reiches in Angriff zu nehmen und entschlossen durchzuführen.

Erhobenen Tones fuhr er fort:

„Wir wollen wieder herstellen die Einigkeit des Geistes und des Willens der deutschen Nation. Wir wollen an Stelle des ewigen Saderns die Stetigkeit dieser Regierung setzen, die unserem Volke damit wieder eine unerschütterliche Autorität geben soll. Wir wollen wieder herstellen das Primat der Politik, die berufen ist, den Lebenskampf der Nation zu organisieren und zu leiten. Wir wollen aber auch alle Kräfte des Volkes als die tragenden Faktoren der deutschen Zukunft erfassen, wollen uns redlich bemühen, mit denen zusammenzugehen, die guten Willens sind, und jene unschädlich machen, die unserem Volke nur Schaden bringen.

„Der Welt gegenüber aber wollen wir, die Opfer des Krieges von einst ermessend, aufrichtige Freunde eines Friedens sein, der endlich die Wunden heilen will, unter denen alle leiden. Die Regierung der nationalen Erhebung tritt vor den Reichstag mit dem heißen Wunsche, an ihm eine Stütze zu finden für die Erfüllung dieser Mission.“

Nach dieser weitgefaßten programmatischen Erklärung wandte sich der Reichskanzler noch einmal unmittelbar an Hindenburg, um in ihm den Soldaten und Feldherrn und den Schirmherrn der nationalen Erhebung zu ehren, dessen wunderbares Leben ein Symbol der unzerstörbaren Lebenskraft der deutschen Nation sei, und dankte ihm im Namen des Volkes für seine Zustimmung zum Werke der deutschen Erhebung, die von ihm und seinen Mitarbeitern als Segnung empfangen worden sei.

Dann beschwor der Kanzler in einer großen Schlußwendung die Heiligkeit der Stätte, wo der größte König begraben liege, und erbat von der Vorsehung dessen Mut und Beharrlichkeit als Erbteil im Ringen um die Freiheit und Größe des deutschen Volkes.

Als Hitler den Alt zuschlug, rauschte der Atem von tausend ergriffenen Menschen durch das Gotteshaus. Tiefbewegt und tränenreichen Auges reichte Hindenburg ihm beide Hände.

Es war die erhabenste Stunde der nationalen Erneuerung. Sie ist als solche unwiederbringlich und unwiederholbar in die Geschichte eingegangen. Einen Augenblick hatten alle Kämpfe, alle Zweifel ge-



schwiegen, war die Uhr nur auf den Feierklang der nationalen Sammlung eingestellt und die Zeit an diesen Augenblick gebunden.

\*

Wenige Stunden später trat der Reichstag in der umgebauten Kroll-Oper am Tiergarten, unweit des ausgebrannten Parlamentsgebäudes, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Noch lag eine festliche Stimmung über Berlin, noch leuchteten die alten Farben des Reiches und die triumphierende Flagge mit dem Hakenkreuz im Schein der verglühenden Sonne. Auch das Parlament hielt sich noch an den Gottesfrieden gebunden. Die Mitglieder des Kabinetts nahmen ihre Abgeordnetensitze ein, Göring waltete als Präsident seines Amtes. Als er Hitler in seiner Antrittsrede den Dank aussprach für seinen Glauben und für seinen Kampf um die Zukunft der Nation, mischte sich kein Widerspruch in den aufrauschenden Beifall. In dieser Ansprache ist Hitler zum erstenmal offiziell als Volkskanzler bezeichnet worden. Die Regierungsparteien brachten dem Kanzler eine Huldigung dar, die Opposition bewahrte Zurückhaltung.

Nimmt man das Zahlenbild zur Hand, das sich am 5. März aus den Wahlen ergeben hatte, so standen immer noch 7 176 000 Sozialdemokraten und 4 845 000 Kommunisten im Feld, die von 17 265 000 Nationalsozialisten bekämpft wurden. Die in der schwarz-weiß-roten Kampffront zusammengeschlossenen Deutschnationalen und Stahlhelmer hatten 3 132 000 Stimmen aufgebracht, das Zentrum war auf 4 423 000 und die ihm zugewandte Bayrische Volkspartei auf 1 072 000 Stimmen gekommen, und die Splitterparteien hatten nicht viel mehr als eine Million auf sich vereinigt.

Das Verhältnis der Kräfte entsprach also noch einer Aufteilung der Nation in drei große Gruppen, die jede für sich einen festen Kern ausmachten. Rund 20 Millionen standen zur Regierung, 12 Millionen standen in der marxistischen Opposition, und rund 5,5 Millionen waren in der Mitte im Zentrumslager vereinigt. Im Reichstag sah es anders aus. Da die kommunistischen Sitze leer standen, war das Verhältnis zugunsten der Regierungsparteien umgestürzt worden. Sie beherrschten mit 340 Mandaten gegenüber 125 sozialdemokratischen und 92 dem Zentrum zukommenden Mandaten die Lage.



Das Zentrum hatte seine Schlüsselstellung gänzlich eingebüßt. Aber auch die Schlüsselstellung, die Hugenberg so lange verteidigt hatte, war innerhalb des Regierungsblockes dahingefallen. Unter diesen Umständen blieb zwar im Volke eine Dreiteilung bestehen, solange die marxistische Opposition sich nicht auflöste, um teils die politische Betätigung abzuschwören, teils zu den Nationalsozialisten überzugehen oder auch in die Reihen des Stahlhelms einzutreten, im Reichstag aber, der von der Regierung beherrscht wurde, konnte das Zentrum nicht einmal zum Kampf um das von den Regierungsparteien eingebrachte Ermächtigungsgesetz antreten. Das war nicht möglich, weil es sich nicht um ein Gegenübertreten von Parteien handelte, sondern zu einem Kampf mit der nationalen, von der Präsidialgewalt als solcher gekennzeichneten Union gekommen wäre. Darauf konnte es eine konfessionell gebundene Partei, die ihre Wurzeln im nationalen Boden hatte, nicht ankommen lassen. Das Zentrum mußte daher für das Ermächtigungsgesetz stimmen, um seine Loyalität nicht bezweifelt zu sehen und nicht in einen Gegensatz zur Nation zu geraten. Einzig der sozialdemokratischen Partei blieb also die Möglichkeit, durch eine Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes noch einmal gegen die Regierung zu zeugen.

Der Tag von Potsdam hatte über Hitlers Absichten keine andere Auskunft gegeben als der große Umriss zeigt, der in der Erklärung der Regierung sichtbar geworden war. Als dieser Tag in Riesenfackelzügen und mit einer Festvorstellung von Wagners „Meistersingern“ zu Ende ging, ahnten wenige, welche Perspektiven diese Erklärung aufgeschlagen hatte. Und doch wäre es möglich gewesen, diese zu erfassen, denn Hitler hat auch in diesem Falle aus seinen Plänen kein Hehl gemacht. Aber sie wurden nicht mit Hitlerschem Maßstab gemessen. Man sah den Mann immer noch zu klein, man sah ihn auch nicht in seiner Grundsätzlichkeit, in seiner Intransigenz. Er hat immer den Mut seiner Überzeugung gehabt und beharrlich an ihr festgehalten. Mut und Beharrlichkeit, Eigenschaften, die er Friedrich dem Großen nachgerühmt, waren ja gerade die Kardinal-eigenschaften seines eigenen Wesens. Sie haben ihn von Jugend auf begleitet und haben über jede wie immer geartete Empfindung hinaus seine Haltung bestimmt. Wenn er der von ihm begründeten



und gelenkten Bewegung die Aufgabe zusprach, das deutsche Volk zu formen, so konnte sinngemäß und an seiner Natur gemessen das deutsche Volk sich einzig in dieser Gemeinschaft vollenden. Dann gab es keine andere Partei mehr, die daseinsberechtigt gewesen wäre, außer der nationalsozialistischen. Und wenn er erklärte, die Regierung sei entschlossen, das große Reformwerk der Reorganisation des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches durchzuführen, so konnte das nur auf eine Durchführung im nationalsozialistischen Geiste und auf die Prinzipien des autoritären Führertums bezogen werden. Dieses Reformwerk hatte also eine nationalsozialistische Umwälzung zur Voraussetzung. Von ihrer Erfassung, Entwicklung und Gestaltung war in der Garnisonskirche noch nicht die Rede. Aber sie dämmerte zwischen den Zeilen des zugleich prophetischen und programmatischen Satzes: „Wir wollen wieder herstellen die Einigkeit des Geistes und des Willens der deutschen Nation.“

Deutschland, als Ganzes gesehen, hatte diese Einigkeit im Lauf der Geschichte noch nie verwirklicht. Die Einigkeit des Geistes und des Willens war dem deutschen Volke von jeher als unerreichbares Ziel erschienen, um das es kraft seines faustischen Charakters von alters strebend sich bemühte. Das „Stirb und Werde“ ist ihm von Ewigkeit zu Ewigkeit gesetzt, sofern wir den Begriff der Ewigkeit auf die paar Jahrtausende anwenden dürfen, die die Erdgeschichte dafür übrig hat. Aber gerade diese chiliaistische Vorstellung von der Aufrichtung eines Dritten und letzten Reiches, die in Adolf Hitlers Weltanschauung und im Wesen des Nationalsozialismus so tiefe Wurzeln hat, ist es, die in einer Zeit des Niedergangs und der Zerstörung so beglückend wirkte. Sie hat die jungen Menschen mit sich gerissen und Niedergang und Emporstieg vermählt. Sie unterschätzen hieße alle zur Erfüllung hindrängende Kraft menschlichen Wirkungs- und Gestaltungsverlangens leugnen...

\*

Als der Reichskanzler am 23. März vor den Reichstag trat, um vor diesem eine Erklärung abzugeben, die als Regierungsprogramm reich mit Stoff beschickt war und die Richtlinien der inneren



wie der äußeren Politik darlegte, traten die großartigen Fernblicke der Potsdamer Erklärung hinter der Erörterung der Tagesfragen zurück. Aber auch in dieser Ansprache glänzten Lichter auf, die die vorgetragenen Probleme blitzgleich erhellten. Hitler umriß noch einmal kurz die Entstehungsgeschichte der Novemberrevolution und betonte, daß die Weimarer Verfassung nur von einem Bruchteil der gesamten Nation getragen worden sei. Dann ließ er die nationalsozialistische Bewegung als einen Abwehrkampf gegen das Weimarer System erscheinen, der schließlich in der nationalen Revolution gegipfelt habe. Nun handle es sich darum, einen Wiederaufbau durchzuführen, der dem Zerfall der Nation ein Ende mache und diese vor dem kommunistischen Chaos als dem Auslauf der marxistischen Entwicklung bewahre. Der Marxismus müsse überwunden und der deutsche Arbeiter einer wirklichen Volksgemeinschaft und dem nationalen Staat gewonnen werden. Dazu bedürfe es einer starken Reichsregierung, die auch dem Übermaß des zersplitterten eigenstaatlichen Lebens in Deutschland entgegenwirke und den Reichsgedanken über alles erhebe, um Ländern und Gemeinden den Schutz eines starken Reiches zu sichern. Er sagte dem Kommunismus noch einmal Fehde und Vernichtung an und umschrieb eine neue Kulturpolitik, die sich in den Dienst der Nation stelle, wie auch das Rechtsleben in erster Linie der Erhaltung der Volksgemeinschaft dienen müsse. Als er zur Wirtschaftspolitik kam, prägte er den bedeutsamen volkstümlichen Satz: „Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk.“

Hier leuchtete also die sozialistische Tendenz der Bewegung in ihrer Bezogenheit auf das Volksganze auf, die der Kanzler dann durch die Anerkennung der Privatinitiative und des Privateigentums schärfer umriß und gegen den Marxismus abgrenzte. Dann ging er zu den wirtschaftlichen Aufgaben über und bezeichnete die Rettung des deutschen Bauern, die Eingliederung der Erwerbslosenarmee in den Produktionsprozeß und die Erhaltung des Mittelstandes als die wichtigsten Probleme, die der Regierung auf diesem Gebiet gestellt seien.

Alle diese Probleme wurden so groß hingesezt, daß der Ernst der



Lage und die Größe der Aufgabe voll in die Erscheinung traten, daß aber auch über die Bereitschaft der Regierung, diese Aufgaben zu lösen, kein Zweifel blieb. Welcher Mittel und Wege sie sich zu bedienen gedachte, um damit fertig zu werden, darüber schwieg der Kanzler sich aus. Er wußte, daß der Reichstag ihm da nicht hätte folgen können, und ersparte ihm die Prüfung.

Als er zur äußeren Politik übergang, setzte er die Worte noch schärfer und bestimmter und gab jedem Ding seinen Namen, ohne falsche Rücksichten zu nehmen. Auch diese Ausführungen trugen persönliches Gepräge. Daß er auch hier beim Worte genommen sein wollte, konnte die internationale Diplomatie damals noch nicht fassen. Sie ahnte und erkannte in ihm noch nicht den Menschen ohne Widerspruch, dem man als Politiker und Staatsmann nur Widersprüche nachweisen kann, wenn man von den Umwegen und den Rasten, zu denen er sich gezwungen sieht, auf eine Abkehr von dem in der Ferne winkenden und immer weiter und höher gesteckten Ziele schließt.

Hitlers Ausführungen erfolgten in einem Augenblick größter politischer Spannung. In Genf tagte immer noch die Abrüstungskonferenz, die sich wieder einmal um die Aufrüstung des Westuhls bemühte, um einen neuen Abrüstungsplan zutage zu fördern; in London hatte man sich überlegt, daß man Frankreich zu viel nachgegeben habe, und die Handlungsfreiheit zurückgewonnen, indem man einen eigenen, auf Macdonalds Namen getauften Abrüstungsentwurf ausarbeitete, der auf Hoovers Vorschläge zurückgriff; in Paris war man, erschreckt durch den nationalen Aufschwung Deutschlands, noch eifriger auf die Erhaltung des großen Rüstungsvorsprungs bedacht, den man für die Gewährleistung der französischen Sicherheit für unerläßlich hielt; in Rom war Mussolini mit dem Entwurf des Viermächtepaktes hervorgetreten; in Wien herrschte Verwirrung, die von dem autoritären Kabinett Dollfuß vergeblich bekämpft wurde; in Moskau hatte man sich durch die Inhaftsetzung englischer Ingenieure, die des Hochverrats beschuldigt wurden, in einen Konflikt mit England treiben lassen und fühlte sich im Fernen Osten schwer bedrängt; in den Vereinigten Staaten von Amerika war das Wirtschaftsleben zusammengebrochen und die Regierung des Präsidenten Roosevelt dazu übergegangen, den



Dollar von der Goldbasis zu lösen, und in Ostasien waren die Japaner zur Eroberung der chinesischen Außenprovinz Jehol geschritten und hatten diese ihrem Vasallenstaat Mandschukuo einverleibt.

Nimmt man dazu die nationale Revolution in Deutschland, die als das größte und wichtigste Ereignis den ganzen Weltaspekt veränderte, so ergab sich ein transitorischer Moment von epochaler Bedeutung. In diesem Augenblick zu der Entwicklung Stellung zu nehmen, diese also maßgebend zu bestimmen, das war keine leichte und eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, zumal es galt, das neue Deutschland nun so hinzustellen, daß es nicht mehr als bedrückte und gehemmte Macht, sondern trotz aller noch bestehenden Bindungen und Zurücksetzungen als eine gleichberechtigte, von der Nation getragene Großmacht erschien.

\*

Adolf Hitler wahrte auch diesmal die Zusammenhänge und hob zugleich die einzelnen Probleme deutlich voneinander ab. Er sprach von der Reichswehr und bezeichnete diese als die einzige wirklich abgerüstete Armee, um daran den Schluß zu knüpfen, daß Deutschland berechtigt sei, die Erfüllung des im Vertrag von Versailles gegebenen Abrüstungsversprechens von den anderen Staaten zu erwarten, aber bislang umsonst warte. Wieder wird offen und unverblümt festgestellt, daß die nationale Regierung aufrichtig wünsche, von einer Vermehrung des Heeres und der Flotte absehen zu können, sofern die Welt endlich geneigt sei, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und eine radikale Abrüstung vollziehe. Deutschland begehre nichts anderes als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheiten. Die Regierung wolle das deutsche Volk für diesen Geist des Friedenswillens erziehen, aber die Ehre der Nation, die Ehre der Armee und das Ideal der Freiheit müßten dem deutschen Volke zurückgegeben werden. Ausdrücklich bekannte sich der Kanzler zu einer Politik allgemeiner und aufrichtiger Verständigung, denn die Not der Welt könne nur behoben werden, wenn die Völker wieder zueinander Vertrauen faßten. Dies aber könne nur geschehen, wenn die Grundsätze der Vernunft in der Organisation und der Führung der Wirtschaft zum Siege gelangten



und eine allgemeine internationale Entlastung von Reparationen und unmöglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen Platz greife.

Diese Worte enthüllten keine neuen Wahrheiten, aber sie wurden im Munde Hitlers neu geprägt und hatten ihr volles Gewicht. Wurden sie für voll genommen, so mußte man sich auch der Folgen bewußt sein, die sich für die deutsche Regierung und die anderen Regierungen ergaben, wenn die aufgestellten Forderungen von den zur Abrüstung verpflichteten Mächten nicht erfüllt wurden. Verhandelte man in Genf nur, um Deutschland die virtuelle Gleichberechtigung zu versagen, dann war Deutschland weder gehalten noch in der Lage, im Zustande völliger Abrüstung zu verharren, und nunmehr auch entschlossen, diesem Zustand ein Ende zu setzen.

Das bezog sich auch auf die ökonomischen Verhältnisse, die zum erstenmal zu der Weltwirtschaft und den Reparationen und den Schuld- und Zinsverpflichtungen in unmittelbare Beziehung gebracht wurden, um daraus das Recht auf eine autonome Regelung der deutschen Verpflichtungen abzuleiten, falls die Welt sich einer allgemeinen vertraglichen Regelung versagte.

Die von Hitler aufgestellten Sätze gefielen sich nicht in Verkleidungen. Sie enthielten ein Programm, das kurzgefaßt auf die Zurückgewinnung der deutschen Souveränität ausging. Sie ruhten auf der Einigkeit der Nation, die in bezug auf diese Forderung nicht zweifelhaft war, und knüpften an die Vorarbeiten an, die von Brüning und nach ihm von Papen geleistet worden waren. Sie erhielten ihre Stärke durch den nationalen Aufschwung, den Hitler und der Nationalsozialismus im Bunde mit den Deutschnationalen und dem Stahlhelm eingeleitet und der Nationalsozialismus für sich allein durch die nationale Revolution zur neuen Wesensform des deutschen Volkes gestaltet hatte. Nur einer solchen Bewegung war die Kraft verliehen, dem Reiche die in Versailles verloren gegangene Souveränität und dem deutschen Volke seine heroische Haltung zurückzugeben. Um welchen Preis dies geschehen könnte, das einzig war noch die Frage.

Daß die Regierung Hitler nicht an Krieg dachte, war nicht nur in den Verhältnissen begründet, die ihr nicht erlaubt hätten, einen Krieg zu führen, sondern ging auch aus der Erkenntnis hervor,



daß Europa, als Ganzes gesehen, keinen neuen Krieg bestehen konnte, ohne sich der Gefahr des Untergangs auszuliefern. Ein Krieg blieb also an die Verteidigung geknüpft. Alle sogenannten „Nichtangriffspakte“, die an sich nur ein Ausdruck der allgemeinen Unsicherheit waren, blickten auf diese Erkenntnis zurück.

Von dieser allgemeinen Unsicherheit handelte auch Hitlers Regierungserklärung, als er, zum Abrüstungsvorschlag Macdonalds übergehend, diesen begrüßte und feststellte, daß der gegenseitige Zustand der Rechtsunsicherheit nicht länger andauern könne. Er wies aber auch in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der deutsche Standpunkt in der Abrüstungsfrage sichergestellt werden müsse. Wärmere sprach der Kanzler von dem Entwurf des Mussolinischen Viererpaktes, dem er gesamteuropäische Bedeutung beimah, denn von der Zusammenarbeit Deutschlands, Italiens, Englands und Frankreichs und deren Ergebnis hänge das Schicksal Europas ab.

Die internationalen Beziehungen, die in diesen Erklärungen schon gekennzeichnet worden waren, fanden noch ihre besondere Ausmalung, indem der Kanzler erklärte, die Regierung werde sich die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Italien und zum Heiligen Stuhl angelegen sein lassen, und ausdrücklich beifügte, daß er sich bemühen werde, auch mit den anderen Mächten zu einem Ausgleich zu gelangen. Ein solcher Ausgleich sei sogar mit Frankreich möglich, wenn die Regierungen auf beiden Seiten weitherzig und ohne Voreingenommenheit an dieses Problem heranträten. Eine Unterscheidung von Siegern und Besiegten könne allerdings niemals die Grundlage dieser Bemühungen bilden.

Diese Ausführungen erhärteten den Friedenswillen des neuen Regiments, ohne sich vom nationalen Standpunkt zu entfernen. Sie wurden ergänzt und abgerundet durch einen Hinweis auf Österreich, eine Erklärung über die Beziehungen zu Sowjetrußland und die Versicherung, daß die Reichsregierung stets und nachdrücklich für die den deutschen Minderheiten gewährleisteten Rechte eintreten werde. Der Hinweis auf Österreich war mit besonderer Vorsicht abgefaßt, trug aber allen Möglichkeiten Rechnung und hielt die Zukunft offen. Hitler faßte das Problem in dem Kardinalsatz zusammen, die Reichsregierung sei sich der Verbundenheit des Schicksals



der deutschen Völker voll bewußt. Es war eine Erklärung *in nunc*. Ein süßer Kern lag in harter Schale verschlossen, ein europäisches Problem war auf seine deutsche Wesenheit zurückgebracht. Die Erklärung über die Beziehungen zur Regierung Sowjetrußlands war auf die Notwendigkeit gestellt, die zwischen Deutschland und Rußland bestehende Verbindung aufrechtzuhalten, und besagte, daß diese Verbindung dem Frieden und dem Nutzen beider Teile dienen solle. Die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland dagegen sei eine innere deutsche Angelegenheit, und die Regierung werde Einmischungen von außen in diesen Kampf niemals dulden.

\*

Als Hitler seine Erklärungen mit dem Hinweis auf das Ermächtigungsgesetz schloß und seinem Willen und seiner festen Absicht Ausdruck gab, für eine ruhige Entwicklung zu sorgen, aber auch kein Hehl daraus machte, daß der Reichstag in Zeiten nationaler Erregung vor der Regierung zurücktreten müsse, hatte er die Zweidrittelmehrheit, deren er zur Durchbringung dieses Gesetzes bedurfte, schon hinter sich. Das Zentrum war den ihm vom Schicksal vorgeschriebenen Weg gegangen. Es ließ nur noch der Erwartung Ausdruck, daß das vom Kanzler verlesene Manifest die Grundlage und die praktischen Richtlinien für die vorzunehmenden gesetzgeberischen Arbeiten bilde, und gab dem Antrag Folge. Die Sozialdemokratie blieb bei einem Nein, das von 94 Stimmen ausgesprochen wurde. Das mit 441 Stimmen angenommene Gesetz wurde unmittelbar nach der Sitzung vom Reichsrat genehmigt und trat nach der Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten sofort in Kraft.

Das Parlament hatte sich damit für vier Jahre der Legislative begeben, die nun auf die Exekutive überging. Die Trennung der Gewalten hatte ein Ende. Die Verfassung blieb in der Schwebe, und an die Stelle der Notverordnungen traten die aus der Machtfülle der Regierung hergeleiteten, von ihr zu entwerfenden, zu beschließenden und zu vollziehenden Dekrete in Gesetzesform. Die Regierung behielt sich zwar vor, den Reichstag von Zeit zu Zeit von ihren Maßnahmen zu unterrichten und, wo es ihr zweckmäßig erschien,



seine Zustimmung einzuholen, war aber in ihren Entschlüssen völlig frei. Sie fußte auf dem am 5. März ergangenen Plebiszit und legitimierte mit Hilfe des Reichstags die nationale Revolution. Dahinter aber stand als Erbe der Nationalsozialismus, dem nun die Erfüllung seines Programms winkte.

Am 23. März 1933 ist der Nationalsozialismus in den Kampf um seinen Staat eingetreten. Der Kampf um die Macht lag hinter ihm, soweit es sich um die Eroberung selbst handelte. Sie zu erweitern und festzuhalten, diente der Kampf um den Staat. Es galt also der nationalsozialistischen Auffassung vom Staat Bahn zu brechen. Diese Aufgabe war an die Voraussetzung geknüpft, daß der Staat ein Mittel zum Zweck darstelle und daß sein Zweck in der Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger menschlicher Lebewesen zu finden sei. Da der Nationalsozialismus Adolf Hitlers von der Voraussetzung ausging, daß einzig ein geeinigtes Volkstum befähigt sei, die Grundlage eines dergestalt erschauten Staates zu schaffen, wurde der Kampf nach der Eroberung der Macht nun auf einer höheren Ebene aufgenommen. Es galt dieses Volkstum auf das nationalsozialistische Programm als ein politisches Glaubensbekenntnis zu vereinigen und den völkischen Staat auf dieses Volkstum zu gründen. Hitler spricht vom Staat als einem Gefäß und von der Rasse als Inhalt. Er fühlte sich nach dem Abschluß der nationalen Revolution stark genug, dieses Gefäß neu zu formen, um es dem köstlichen Inhalt dienstbar zu machen, der als solcher auch erst noch gereinigt und geklärt werden mußte. Das war eine Aufgabe von gigantischem Ausmaß und zugleich ein revolutionäres Unterfangen von unvorstellbarer Größe.

Der Führer der Bewegung handelte intuitiv und den Umständen entsprechend, als er diesen Erkenntnissen nun die Tat folgen ließ. Er dachte jedoch nicht daran, die Arbeit des Kabinetts mit Theoremen zu belasten, sondern bestimmte die Entwicklung, indem er sie lenkte, ohne ihr die Etappen zu sehen, so daß er stets Herr der Umstände blieb und nicht von der Tagesarbeit abgezogen wurde.

\*



Das Kabinett Hitler trat sofort an den Aufbau heran und ließ sich durch die kühle, ja feindselige Aufnahme, die ihm die Welt außerhalb Deutschlands bereitete, nicht irre machen. Es war von vornherein klar, daß das Verhältnis des Nationalsozialismus zum Judentum den ersten Prüfstein der Hitlerschen Macht abgeben werde. Die von rassistischen Gesichtspunkten ausgehende Ausschcheidung der Juden aus dem deutschen Staatsleben brachte die über die ganze Welt zerstreute Judentum in Wallung und rief in Westeuropa und Amerika eine Boykottbewegung hervor, an der Hitler nicht achtlos vorübergehen konnte. Schreckens- und Schauerermeldungen liefen um, die dementiert werden mußten, und als der Boykott sich zerstörend bemerkbar machte, sah man sich gezwungen, eine Gegenbewegung zu inszenieren, um die Aktion zum Stillstand und die Greuelnachrichten zum Verstummen zu bringen.

Der Nationalsozialismus konnte kraft seiner auf Rasse, Blut und Boden gegründeten Weltanschauung und der in dieser wurzelnden Volksverbundenheit auch in der Judenfrage, ja gerade in dieser, keinen Kompromiß eingehen, der seiner Grundsätzlichkeit Abbruch tat, ohne sich als junge Bewegung selbst aufzugeben. Da ihm das Individuum nichts, die Volksgemeinschaft alles gilt und er im Gegensatz zur individualistischen Anschauung steht, war er zu einer Differenzierung der Judenfrage nicht verhalten. Die einzige Ausschcheidung, die er vornehmen konnte, hat er vorgenommen, als er jüdischen Frontkämpfern eine Sonderbehandlung zuteil werden ließ. Wäre er dazu übergegangen, den jüdischen Einfluß lediglich zu beschneiden und durch die Einführung eines *numerus clausus* den Juden im ganzen Volks-, Staats- und Lebensbereich eine angemessene Tätigkeit zu sichern, so hätte er sein Prinzip verletzt.

Als die durch den Boykott aufgereizten revolutionären Massen die Juden in Deutschland mit Repressalien bedrohte, beschloß Adolf Hitler, die Leidenschaften zu zügeln, indem er die nicht mehr aufzuhaltende Bewegung der Aufsicht der nationalsozialistischen Parteinstanzen unterstellte. Der Führer zwang die Bewegung dadurch in die Form einer befristeten Kundgebung. Er erklärte als Reichskanzler im Kabinett, daß die aus der Volkstiefe aufsteigenden Leidenschaften nach einer Entladung drängten, aber nicht gewaltsam unterdrückt



werden sollten, sondern einer nationalen Kundgebung dienstbar gemacht werden mußten. Man organisierte also sogar die drohende Desorganisation, um ihrer Meister zu werden. Die deutsche Judenschaft wurde von einem eintägigen disziplinierten Boykott betroffen, der ihr Schlimmeres ersparte und dem Weltjudentum die Gefährlichkeit einer gegen Deutschland gerichteten Agitation vor Augen führte. Hitler hat durch dieses salomonische Verfahren die Lage gemeistert. Boykott und Gegenboykott hatten aber auch gezeigt, daß die Judenfrage nicht aus den großen Zusammenhängen der Weltwirtschaft und der nationalen Wirtschaft herausgenommen werden konnte. Die Juden waren als Mitträger der Wirtschaft in die nationale und die internationale Wirtschaftsführung verflochten und konnten nicht getroffen werden, ohne daß das Ganze Schaden litt. In welchem Maße das der Fall war, hatte der eintägige Feldzug ahnen lassen. Da er als Manifestation seine Wirkung getan hatte, nahm man gern von ihm Abschied, um die Wirtschaft wieder zur Ruhe kommen zu lassen.

Die Regierung blieb jedoch bei der nationalsozialistischen Auffassung stehen, nach welcher der Jude nicht berufen war, dem Staate als Beamter zu dienen, schuf aber noch keine besondere Judengesetzgebung, sondern brachte in dem zur Beratung stehenden Beamten-gesetz und in den Kulturgesetzen Bestimmungen an, die auf einen Ausschluß der Juden wirkten. Die Bestimmungen des Beamten-gesetzes wurden auch auf den Stand der Lehrerschaft und der Rechtsanwälte angewendet. Als Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bezeichnet, räumte es zunächst mit den Beamten auf, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis getreten waren, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung und Eignung zu besitzen, und band die Ausübung des Beamtenberufs an den Nachweis nichtjüdischer Abstammung, der für zwei Generationen väterlicher- und mütterlicherseits zu erbringen war. Im Pressegesetz wurde späterhin bestimmt, daß Juden nicht zu Schriftleitern berufen werden könnten. Da das Beamten-gesetz sinngemäß auch auf Angestellte und Arbeiter des Reichs, der Länder und der Gemeinden angewendet wurde, ergab sich aus diesen Bestimmungen eine durchgreifende Reinigung des



Beamtenkörpers und der öffentlichen Dienstzweige von kommunistischen und sozialdemokratischen Mitgliedern und zugleich eine weitgehende Reform in völkischem Sinne.

Die auf den Nachweis nichtjüdischer Abstammung zielende Bestimmung wurde als Arierparagraph bezeichnet. Im Ausland wurde vielfach die unzutreffende Ansicht laut, daß als Arier nur reinblütige Germanen zählten. Diese Auffassung schoß weit über das Ziel. Der an sich und in der Wissenschaft der genauen Bestimmung ermangelnde Begriff Arier war nicht an den Nachweis germanischen oder gar nordgermanischen Geblüts gebunden, er erfaßte vielmehr alle in Deutschland zu einer physisch und seelisch gleichbedingten Mischform gelangten Menschen germanischer, keltischer und slawischer Abstammung und machte auch vor romanischem Einschlag nicht halt. Er wirkte sich also nicht antieuropäisch aus, wie vielfach behauptet wurde.

Die Verklärung, in der der Nationalsozialismus die germanische Rasse sieht, ist lediglich ein großgeschautes Mittel zu bewußter Rassenpflege und wirkt als solches der Gleichgültigkeit entgegen, mit der sich der moderne Mensch von dem Kultus des Blutes und der Verbundenheit mit seinen Vorfahren abgewendet hat. Die depigmentierten Träger nordischen Blutes, die einst als Herrenschicht ganz Europa erobert hatten und in den Lichtgestalten des germanischen Mythos fortlebten, um in verwandelter Form in die welt-offenen Gefilde des Christentums einzuziehen, sind dem Nationalsozialismus immer nur als rassisches Ideal erschienen. Der reine nordische Typus steht ihm als Wunschbild vor Augen, so hat ihn auch Adolf Hitler erschaut. In einer Zeit unbekümmerter Rassenvermischung, die seit dem Aufkommen der Freizügigkeit und der Abwanderung von der Scholle in die Großstadt und in die Industriezentren zu einer rücksichtslosen, jeder Eugenik spottenden Vermassung des Völkernachwuchses geführt hat, spricht aus der Aufrichtung solcher Wunschbilder eine seelisch bedingte Umkehr, ein Glaube an die Wiederherstellbarkeit einer auf eugenischen Grundsätzen ruhenden Reinigung und Ertüchtigung des Volkskörpers, die nicht Spott, sondern Ehrfurcht herausfordern. Mischt sich in diese Ehrfurcht der Zweifel, ob eine solche Umkehr noch möglich sei, so geschehe das in



der Erkenntnis, daß ein Volk, das im 20. Jahrhundert zu den Quellen seines Volkstums zurückkehrt, sicher noch nicht am Ende seiner Laufbahn angekommen ist. Noch kein Volk ist unbelohnt zu diesen Quellen seines Volkstums zurückgekehrt. Wo wären die Juden heute, wenn sie nicht, als einziges nichteuropäisches Volk, das ganz Europa durchdrang, ihre Sehnsucht immer wieder dem entthronten Zion zugewandt und trotz aller Angleichung ihre Volksverbundenheit bewahrt hätten!

Die Judenfrage hat in der Gesetzgebung des Dritten Reiches ihre letzte Ausprägung noch nicht gefunden. Was im ersten Jahre der Regierung Hitler in dieser Hinsicht geschah, war wie so vieles ein kühner Versuch, sich mit der Fehlentwicklung des überlebten 19. Jahrhunderts und den daraus entstandenen chaotischen Zuständen auseinanderzusetzen. Dieser Versuch war grausam nur in der Grundsätzlichkeit, die man dabei walten lassen mußte, nicht in seiner Einstellung zur Wirklichkeit; aber an der Wirklichkeit wird er auch vom Gesetzgeber selbst immer wieder geprüft und gemessen werden müssen.

Als diese Frage in den letzten Märztagen des Jahres 1933 ganz Deutschland, die ganze Judenschaft und alle Welt bewegte, stand das Kabinett Hitler schon vor einer Aufgabe, die dem deutschen Volke als eine nationale gestellt war, die aber erst der Nationalsozialismus mit beiden Händen und dem Einsatz seiner ganzen Kraftfülle angepackt hat. Das war die Reichsreform, eine Aufgabe, die allen Reichsgründungen der Deutschen von Anfang an eingeboren erscheint.

\*

Alle Reichsgründungen, die vom deutschen Volke ausgingen, rangen mit der Dynamik, die in ihnen wirksam war und die statischen Elemente des Staates selten zur vollen Verwurzelung mit dem Baugrund der Staatschöpfung kommen ließen. Einheit und Vielheit, die beiden großen Gegensätze, sind schon der Germania magna, deren Grenzen der Römer herannte und, soviel an ihm lag, bestimmte, eingeboren worden. Schon als Armin, der Führer der Cherusker und aller Weserdeutschen, gegen Marbod, den Volkskönig



der Markomanen, zog, kam der Dualismus in Lauf, der bis auf unsere Tage noch nicht aus der deutschen Geschichte geschwunden ist. Raum hatte König Heinrich I. dem ersten namenlosen Reich der Deutschen zwischen der Maas und der Elbe und der Nordsee und den Alpen Grenzen gesetzt, die gen Osten und Westen mit dem Schwerte behauptet werden mußten, da drohte diese unfertige Einheit schon wieder in einer Zweiteilung sich zu verlieren, während die Vielfalt der inneren Gestaltung ihren Fortgang nahm. Die Stämme und das Stammesgebiet wurden zum Träger der deutschen Geschichte, das Reich blieb als *regnum teutonicum* ein problematisches Gebilde. Nicht in seiner Verfassung, sondern in seinem Volkstum wurzelte seine Stärke, nicht Heinrich der König, sondern Heinrich der Führer zog die Deutschen hinter sich her.

Als Heinrichs Sohn Otto die Kaiserkrone gewann, folgte der damit verknüpften Begründung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation eine Reichsreform auf dem Fuße. Sie ist nicht über eine Auseinandersetzung zwischen der Reichsgewalt und der Herzogsgewalt hinausgelangt, hat aber den Einheitsstaat in sich begriffen. Das Zeitalter des Heldenkaisertums, das dem Gegensatz vom Imperium und Sacerdotium verpflichtet war, hat diesen Kampf nicht ausgekämpft. Als die Kaiserkrone vom Haupt des letzten Hohenstaufen in die Hände der Wähler zurückfiel, war die Verwirrung schon so weit gediehen, daß man nicht mehr ein noch aus wußte. Die Krone ist zwanzig Jahre ausgedient worden, bis sie als deutsche Königskrone an den ersten Habsburger kam. Nun lag jede Reichsreform in einem Würfelspiel zwischen dem Kollegium der Kurfürsten und der Königsgewalt befangen. Der Kampf um die Hoheitsrechte begann sich von den Herzogtümern zu lösen, um sich im Gegenspiel von Reichs- und Territorialgewalt neu zu setzen und schließlich im Dualismus von Kaiser und Reich zu gipfeln. Die Macht der Kurfürsten erdrückte das Reich und wurde in der Goldenen Bulle verbrieft. Als das Kaisertum die Reichspolitik vollends der königlichen Hausmacht dienstbar machte, wurde auch der Dualismus in eine neue Form gegossen. Der Einheitsstaat, den Kaiser Otto I. begründet hatte, erschien schon, von der Schwelle des 15. Jahrhunderts aus gesehen, als ein Wunschbild, das jeder Verwirklichung entrückt



war. Aber dann brach sich mit der Erkenntnis von der nicht mehr zu umgehenden Notwendigkeit einer Reichsreform ein Reformeifer Bahn, der dieses ganze Jahrhundert überdauerte.

Zu Cues an der Mosel steht heute noch ein hochgebautes, gotisch verziertes Haus mit Torgang, Wappengiebel und Muttergottesnische — Fritz von Wille hat es meisterlich gemalt —, das an einen der größten deutschen Politiker und Denker, an Nikolaus Krebs, den Cusaner, erinnert. Nikolaus Cusanus ist unter diesem Dach geboren und hat von hier aus seinen Weg genommen. Zum päpstlichen Legaten aufgestiegen, vollendete er um 1440 zu Cues sein erstes gelehrtes Werk, die philosophische Schrift über „die Unmöglichkeiten sicheren Erkennens des inneren Wesens der Dinge“. Von ihm stammt der größte Entwurf einer Reform des Reiches, der seit Rupold von Bebenburgs radikalem Traktat „Vom Rechte des Reiches“ niedergelegt worden ist. Auch Cusanus wollte dem Königtum größere Macht wiedergewinnen und dem König zu diesem Zwecke Schwert, Beutel und Waage, die Symbole des Heer-, Finanz- und Gerichtswesens, in die Hand geben. Er forderte eine Reichsversammlung als oberstes Organ der Gesetzgebung und des einheitlichen Willens der Nation, ein stehendes Heer, Beiträge der Territorialherren an die Reichskasse, einen obersten Gerichtshof, der das Recht fassen und Recht sprechen sollte, und eine Einteilung des Reichs in zwölf Kreise, die über den Landfrieden zu wachen hätten. Das waren Gedankengänge, die im Jahre 1934 modern anmuten. Es war der erste Entwurf, der auf eine Stärkung des Reichs aus dem Schoße des Volkes ausging und dem deutschen König die Führung der Nation zurückgab. Der Vorschlag fand kein Gehör. Kaiser Friedrich III. versagte sich jedem Versuch, das Reich zu stärken. Er hatte mit seiner Hauspolitik genug zu tun und überließ seinem Sohne Max alle hochfliegenden Gedanken.

Als Kaiser Maximilian I. an eine Reichsreform herantrat, geschah das von ganz anderen Gesichtspunkten aus. Auch er wollte die Königsmacht stärken und den einheitlichen Willen der Nation zur Geltung kommen lassen, aber beides sollte ihm als Habsburger dienen. Der Erbe Burgunds und der Niederlande brauchte des Reiches Kraft im Entscheidungskampf mit der Krone Frankreich



und im Kampfe um Oberitalien. Aber die Maximilianische Reform ist auch dem Reiche selbst zugut gekommen. Die Verkündigung des ewigen Landfriedens, der durch die Kreiseinteilung sichergestellt werden sollte, die Einsetzung des Reichskammergerichts und der Versuch, eine Reichswehrsteuer in Gestalt des „gemeinen Pfennings“ einzuführen, lassen den Rückblick auf den Entwurf des Eusaners offen. Alois Schulte hat zutreffend darauf hingewiesen, daß die Maximilianische Reichsreform im tiefsten Grunde ein Vertrag zwischen König und Reich war. Dieser Vertrag ist, wenn auch die endlich wiederhergestellte Rechtsgemeinschaft bestehen blieb, bald notleidend geworden. Die Reformbedürftigkeit des Reiches fand kein Ende. Sie schleppte sich durch das ganze 17. Jahrhundert hin. Der Dreißigjährige Krieg brachte zwar eine Stärkung der kaiserlichen Macht, aber das Reich ging darüber beinahe zugrunde.

Als das 17. Jahrhundert zu Ende lief, war dieses Reich zu einer „Monstrosität“ geworden, zu deren Angestalt der Westfälische Frieden das Seine beigetragen hatte. Man hatte den Reichstag und den Kaiser, die beiden allein noch tragenden Gewalten, gegeneinander ausgespielt und die Konstitution so abgefaßt, daß sie einander zwar nicht entbehren konnten, aber einander aufwogen. Der Staatsgedanke war so verkümmert, daß man sich bescheiden konnte, dem Reich weder Steuergewalt noch Finanzhoheit zuzugestehen und es dem Kaiser überließ, als Herr von Österreich für Geld und Soldaten zu sorgen. Die Zerfällung des Reiches in rund 300 souveräne Staaten hatte jede Reichsreform unmöglich gemacht. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint das Aufkommen der neuen deutschen Großmacht Brandenburg-Preußen als ein genialer Kunstgriff der Geschichte, um das Deutschtum vor dem Untergang zu bewahren. Man fand das Reich in Deutschland nicht mehr, wie Eusanus ahnend vorausgesagt, aber da die „Einheit in der Vielheit“ nicht mehr herzustellen war, erschien der neuauflebende Dualismus, der nun im Gegensatz Preußens zu Österreich Gestalt gewann, als Fortschritt und ein Mittel, die Einheit durch den Austrag des Wettstreits Preußens und Österreichs zurückzugewinnen. Dieser Wettstreit hat das 18. Jahrhundert beherrscht und das Reich vollständig



aufgerissen, aber den Dualismus nicht stillgelegt, sondern der Nachwelt hinterlassen. Das Preußen Friedrichs des Großen und das Österreich Josephs II. konnten sich nicht zu einer Reform des von ihnen aufgesprengten Reiches zusammenfinden. Der „erste Diener des Staates“ und der „Freund der Menschen“ hatten einander hierüber nichts zu sagen.

Als das Heilige Römische Reich sich im Jahre 1804 zum Sterben legte, war es schon von seinen eigenen Gliedern aufgegeben. Die Fürsten, die aus ihm hinausstrebten, um zu Napoleons Gnaden oder zu einer gänzlich vom Reiche gelösten Souveränität zu kommen, ließen eine leere Hülle zurück. Man könnte die Verhandlungen, die damals gepflogen wurden, um den „Reichsdeputationshauptschluß“ herbeizuführen, als den letzten Versuch einer Reichsreform bezeichnen, wenn diese Kennzeichnung nicht zu viel tragische Ironie in sich schloße. Das Reich ist unter dem Vorsitz Napoleons und dem Beisitz des Zaren und des Kaisers von Österreich zu Ende reformiert worden.

Napoleon hat das Reich im Jahre 1806 für tot erklärt, ehe es noch den letzten Atemzug getan. Es ist streng genommen überhaupt nicht gestorben, sondern nur totgesagt und scheinot begraben worden. Gestorben ist es erst, als es auf dem Wiener Kongreß nicht wieder erweckt wurde und an seine Stelle der Deutsche Bund trat. Man könnte also auch in diesem Falle von einem Gestaltwandel sprechen. Dann erschiene der „Deutsche Bund“ zugleich als Ergebnis einer neuen Reichsreform, der unglücklichsten von allen, denn dieser Bund hat von einem deutschen Volke nichts mehr gewußt.

Aber der Deutsche Bund war der letzte Ausdruck der deutschen Vielstaaterei und der erste Ausdruck der vollen Souveränität der deutschen Staaten, eine Schwelle, die nicht überstolpert werden konnte. War das Reich zerfallen, dann konnte es nicht am grünen Tische wieder aufgerichtet werden. Erst mußten diese neuzubehauenen Würfel, jeder für sich, eine Festigkeitsprobe ablegen und ihre Eignung zum Einbau in einen machtvollen Reichsbau erweisen. Nur wenn sie selbst Tragkraft besaßen, konnte dieser neue Reichsbau im Kampf mit der Umwelt Gestalt gewinnen.

Die Besten der Nation haben damals die Auferstehung eines neuen starken, einigen Reiches ersehnt, aber daß ihre Sehnsucht un-



erfüllt blieb, das ist ein Glück gewesen, und daß diese Sehnsucht geweckt worden ist, um nicht mehr zu verblaffen, das war dieser Besten nationales Verdienst. Das Deutschland, das sie ersehnten und erharteten, war kein wirkliches, kein zu verwirklichendes Gebilde. Der Deutsche Bund war nur ein Staatenverein und seine Grundfeste nicht besser als ein Vereinsstatut, aber er war der Wiedererweckung des mumifizierten Reiches unter Frankreichs Zustimmung und Europas Aufsicht vorzuziehen.

Von hier aus gesehen, überblicken und gewinnen wir den Weg, der zum Ausscheiden Österreichs aus dem Wettstreit mit Preußen, zum Norddeutschen Bund, zum Abschluß des Bündnisses Preußens mit den süddeutschen Staaten und zur Aufrichtung des Zweiten Deutschen Reiches als der Gründung Bismarcks führt. Düppel, Königgrätz und Sedan liegen auf diesem Wege, Versailles und die Spiegelgalerie Ludwigs XIV. sahen es kommen und gehen.

Bismarck hat Deutschland auf diesem gewundenen Weg zu einem hochragenden Ziel geführt, ohne das deutsche Volk zu seiner Verfügung zu haben. Er selbst suchte ihn als Preuze und getreuer Diener der Dynastie, als überzeugter Verfechter des preussischen Staatsgedankens und als Erfüller des norddeutschen Raumes, den Friedrich der Große erst gen Osten unter dem Zepter der Hohenzollern vereinigt hatte. Aber Bismarck ist während dieser Aufbauarbeit zu einer durchaus deutschen Auffassung der ihm als preussischem Staatsmann gestellten Aufgabe gekommen. Das ist sein unsterblichstes Verdienst um das deutsche Volk. Hätte er den Deutschen Bund, der weder lebensfähig noch einer Reform zugänglich war, nicht gesprengt, so wäre dieser Entwicklung nie das Ziel gesetzt worden, das in der Aufrichtung des Zweiten Reiches gefunden wurde. Er hat die Dynastien und Souveränitäten diesem Ziele erst gewinnen müssen. Niemand folgte aus freien Stücken. Das Volk aber, das in den Befreiungskriegen das Letzte hergegeben hatte, ohne die deutsche Gesamtfreiheit errungen zu haben, konnte ihm nicht folgen, denn es fühlte sich nicht mehr als Gemeinschaft erfaßt. Der Traum von der deutschen Einheit war in der Erhebung des Jahres 1848 nicht verwirklicht, sondern zu einem Phantasma geworden, das sich an der Wirklichkeit zerstiess.



Bismarck konnte die Einheit des unter Preußens Führung und Öfterreichs Ausſchluß erkämpften Zweiten Deutſchen Reiches nur auf die Gewalten ſtützen, die ihm zur Hand lagen. Als es galt, die Nachfolgeſtaaten des Deutſchen Bundes und des Erſten Reiches, ſoweit ſie noch zum Reichsbau willig waren, unter einer nordiſchen Krone zu vereinigen, mußte er ſich an die Dynaſtien halten. Er hat die Länder zu Bauwürfeln des Reiches gemacht, indem er ſie zyklopiſch aufeinandertürmte.

Aber auch dies wäre nie geglückt, wenn das deutſche Volk auf den Schlachtfeldern des Weſtens nicht wieder Gut und Blut eingefeßt hätte, um „das Reich zu gewinnen“. Der Vertrag, in dem Bismarck die deutſchen Dynaſtien und Länder zuſammenschloß, iſt nicht auf das deutſche Volk gegründet worden, aber dieſer Vertrag hätte ohne die Mitwirkung des Volkes und ohne den im Volke lebenden Willen zur Einheit überhaupt nicht zur Grundfeſte des Deutſchen Reiches geſtaltet werden können, ſondern wäre toter Buchſtabe geblieben. Die deutſche Vielheit, die 1806 und 1815 neu verbrieft worden iſt, war hiſtoriſch gewordenes Erbe, die deutſche Einheit, die nun in einem großen deutſchen Teilreich verwirklicht wurde, ohne die Vielheit aufzugeben, war vom Anfang der deutſchen Geſchichte bis auf unfere Tage vom deutſchen Volke ersehnter und im deutſchen Volkstum bewahrter unvergänglicher Beſitz.

Die Verfaſſung des Bismarckſchen Reiches hat weder den Anforderungen, die an ein unitariſch zuſammengeschloſſenes Reich geſtellt werden müſſen, noch den Bedürfniffen eines Volksſtaates Genüge getan. Sie lief auf die praktiſche Regelung der Gewalten in einem Bundesſtaat hinaus, der auf einen Vertrag als Staatsgrundlage geſtellt war. Trozdem hat dieſes zweite Deutſche Reich die Völker gebannt und die in ihm ruhenden Kräfte zu fruchtbarſter Entfaltung aufgerufen. Ein Wunſchtraum war Erfüllung geworden. Daß dieſer Traum, an der Wirklichkeit gemessen, Wünſche offen ließ, half dem Reiche erſt zu der Dynamik, die in jedem unvollendeten Werke pocht.

Auch das Bismarckſche Reich war ein Reich in der Bewegung. Daß dieſe Bewegung abgelenkt und geſchwächt wurde, als die Entwicklung des Imperialismus die ſoziologiſche Struktur des deutſchen



Volkess von unten auf zu zerstören begann und der Klassenkampf die Einheit des Volkes in Frage stellte, bevor sie sich gesetzt hatte, lag in der Weltbewegung begründet. Sie ist Deutschland zum Verhängnis geworden.

Als der Weltkrieg aufflammte, war das Deutsche Reich schon von dieser Fehlentwicklung erfaßt, aber noch einmal schmolz die Loh der nationalen Begeisterung alle Klassenunterschiede. Das Bewußtsein, in einen Krieg zu ziehen, in dem es um den Bestand des Reichs und Sein oder Nichtsein ging, hat alle proletarischen Instinkte ausgelöscht. Erst im Materialkrieg, der aus den Fabriken gespeist werden mußte, sind sie wieder lebendig geworden. Das Verderblichste aber war die Aufzäumung einer Reichsreform mitten in diesem Kriege, der nicht anders als unter völliger Zurückstellung aller wie immer gearteten Reformen bestanden werden konnte. Da diese Reform auf eine Anpassung der Reichsverfassung an den Parlamentarismus ausging, der von den Demokratien des Westens im Kriege klüglich an die Diktatur getauscht wurde, ergab sich daraus zugleich eine Schwächung der deutschen Kriegführung und eine weitere Auflockerung der Volksgemeinschaft. Diese Fehlentwicklung nahm schon im Jahre 1917 Gestalt an und wurde im November 1918 durch eine Revolution sui generis legitimiert. Die Ausrufung der deutschen Republik war ein Notbehelf, um der Aufrichtung einer Sowjetrepublik zuvorzukommen.

Auch die Weimarer Verfassung war nichts anderes als eine fehlergerichtete Reichsreform. Man kann ihr den Vorwurf nicht ersparen, daß sie hinter den politischen Idealen des Westens herlief, als diese sich nach Ausnützung aller in ihnen ruhenden Möglichkeiten erschöpft hatten, um von der Tradition zu zehren. Sie hat nichts zur Stärkung der Volksgemeinschaft und unendlich viel zur Schwächung des Reichsgedankens beigetragen. Man vergaß, daß das deutsche Volk, obwohl „einig in seinen Stämmen“, sich wohl eine Verfassung geben konnte, nach welcher alle Gewalt vom Volke ausging, daß diese Gewalt aber nicht auf die Parteien übergehen durfte, sondern durch diese hindurch gehen mußte. Da diese Verfassung jeder Verwurzelung im Volke entbehrte und an die Stelle der zerbrochenen Gewalten die Allgewalt der Parteien setzte, spaltete sie das Volk in Parteien auf, ohne



die Reichsgrundlage nach der föderalistischen oder nach der unitarischen Seite hin neu zu befestigen. Daraus entstand ein Schwebzustand, der unmöglich dauern konnte. Die föderalistische Grundlage war durch den Sturz der Dynastien geschwächt, sie war nicht abgetragen. Die unitarische Grundlage war die der Verfassung entsprechende, aber sie wurde nicht festgelegt. So entstand ein Reich ohne Volks-, ohne Fürsten-, ohne Reichsgewalt, das als solches nur allen Feinden und Rivalen Genüge tat, sich selbst aber alles schuldig blieb. Diese Verfassung war ein mit allen Modezutaten der letzten Jahrzehnte behängtes Sonntagsgewand, sie war kein Arbeits- und kein Wetterkleid. Man war jeder großen Entscheidung aus dem Weg gegangen. Ein solches Zwischenreich konnte nicht dauern.

Die Erzbergersche Reichsfinanzreform war der entsprechendste Ausdruck aller dieser Halbheiten. In ihr, die den Ländern nicht genug zum Leben ließ, ohne daß sie ihrer Staatsaufgaben enthoben worden wären, wirkte sich dieses System am sichtbarsten aus. Vierzehn Jahre sind dahingegangen und haben nichts zur Klärung dieser Mißverhältnisse beigetragen. Man beschied sich mit einer Verfassung, die überhaupt nicht eingehalten werden konnte.

Als die nationale Revolution die Machtverteilung umstürzte und das Kabinett Hitler in die Reichskanzlei einzog, war diese Verfassung nur noch eine Altrappe. Sie ist im Grunde nur dazu gut gewesen, den Nationalsozialismus zur Macht kommen zu lassen.

Am 7. April 1933 genehmigte das Kabinett Hitler das Gleichaltungsgesetz, das der Disharmonie zwischen der Reichs- und der Länderpolitik ein Ende setzte. Die Parlamente und die Gemeindevertretungen wurden aufgelöst, um auf der Grundlage der am 5. März bei der Reichstagswahl festgestellten Stärkeverhältnisse neu geordnet zu werden, die Kommunisten wurden ausgeschaltet und in den Ländern Reichsstatthalterschaften errichtet, denen die Aufgabe oblag, für die Beobachtung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen. Die Reichsstatthalter wurden vom Reichskanzler ernannt, der selbst als Reichsstatthalter in Preußen bezeichnet wurde. Da Preußen den Landtag und die Gemeindevertretungen schon in Neuwahlen bestellt hatte, fiel in diesem Lande die Neubestellung der Volksgewalten fort.



Es war der erste ausgreifende Schritt zu einer Stärkung der Reichsgewalt. Er erfolgte vom Fleck weg, denn nur die im März geschaffene Sachlage konnte die Grundstellung einer Reichsreform abgeben. Es war eine Reform aus der Praxis und zugleich ein revolutionärer Schritt. Es gab keinen besseren Weg, denn die Tradition war im Jahre 1918 unterbrochen worden. Sie konnte daher nicht mehr angerufen werden, um den föderalistischen Charakter des Bismarckschen Reiches wieder aufleben zu lassen. Der Nationalsozialismus war nicht auf diese Tradition, sondern auf die Wunschform eines Dritten Reiches gegründet, das in einem großdeutschen Volksreich erschaut wurde. Dieses bedurfte einer straffen, einheitlich wirkenden Reichsgewalt. Dadurch, daß der Nationalsozialismus auch in den süddeutschen Ländern siegreich geblieben war, hatte er selbst die Voraussetzung zu dieser Zentralisierung der Reichs- und Staatsgewalt geschaffen. Jeder Versuch, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fiel daher dahin.

Der fliegende Gang durch die deutsche Geschichte, den wir soeben vollendet haben, läßt die Errichtung der Reichsstatthalterschaften als ersten Schritt zu einer neuen Reichsreform und als die Fortsetzung von Bestrebungen erscheinen, die nie aufgehört haben, das Reich zu bewegen. Aber was im Jahre 1933 begann, das war viel mehr als eine Reichsreform aus der Reformbedürftigkeit des Reiches heraus, es war ein neuer Baugedanke, der da zum ersten Ausdruck kam. Die Einteilung des Reiches in Kreise, die schon im Mittelalter erwogen und in der Wendezeit des 15. Jahrhunderts festgelegt wurde, hat in der Errichtung der Statthalterschaften fröhliche Urstände gefeiert. Aber diesmal war es eine aus der Fülle der Reichsgewalt beschlossene und in der Parteigewalt verwurzelte Einrichtung. Als solche war sie jeder Verhandlung, jedem Kompromiß entzogen. Sie nahm die territorialen Grundlagen der Länder so weit in Anspruch, als diese in den großen Territorien gegeben waren, und griff über diese hinaus, wo eine Zusammenlegung sich von selbst ergab, aber sie ruhte nicht auf parlamentarischen Grundsätzen, sondern auf dem Führerprinzip. Es war keine Machtverteilung, sondern eine streng an den Kanzler als Führer gebundene Machtübertragung. Sie war auch nicht auf eine besondere Staatsform ge-



gründet, sondern konnte jeglicher Formgestaltung des Reiches dienstbar gemacht werden. Sie hat also nicht über Föderalismus oder Unitarismus entschieden, sondern ohne Beziehung auf dieses oder jenes Prinzip die Borgewalt der Reichsführung und der Reichsaufsicht an sich festgelegt. Es war kein Schritt zu einem formalen Ziel hin, sondern der lebendige Ausdruck der inhaltlichen Erfassung der Reichs- wie der Staatsgewalt und hat als solcher nationalsozialistischen Grundsätzen entsprochen. Sie war nicht repräsentativ, sondern exekutiv gedacht. Sie setzte den gleichgeschalteten Länderregierungen ein Gegengewicht, das wiederum koordinierend wirkte. Eine Vereinheitlichung des Reiches in der Richtung auf ein unitarisches Reich ergab sich erst, wenn die Regierungen und die Parlamente der Länder aufgehoben wurden und das Reichskabinett und der Reichstag allein übrigblieben. Diesen Weg konnte Hitler in keinem Falle gehen, solange er den Totalitätsanspruch nicht in der Praxis durchgesetzt hatte.

Die Einrichtung der Reichsstatthalterschaften war also auch in dieser Hinsicht ein Mittel zum Zweck. Hitler hat durch sie den Totalitätsanspruch verstärkt. Daß mit der Gleichschaltung der Länder und der Errichtung der Statthalterschaften überdies nicht nur ein erster Schritt zur Vereinheitlichung, sondern auch zur Vereinfachung der politischen Führung getan war, ergab sich trotz der Vermehrung des Räderwerks aus dem Führerprinzip von selbst. Betrachtet man das Gesetz unter diesen Gesichtspunkten, so ergibt sich, daß es zunächst praktisch gedacht und als solches nicht unabänderlich war. Ob es, späterhin aus der Rückschau betrachtet, am Ende nur als eine Hilfskonstruktion erschien, die zur Aufrichtung des Dritten Reiches nötig war, um nach dessen Ausbau wieder abgetragen zu werden, darüber entschied die Entwicklung.

Die Besetzung der Statthalterposten hat nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß das Gesetz zunächst den Totalitätsanspruch der Bewegung auf den Staat befestigen sollte. Alle Reichsstatthalterschaften kamen in die Hände erprobter Parteigenossen. Der Kanzler hat sich die preußische selbst vorbehalten. Die bayrische als die zweitwichtigste im Reich und die wichtigste der geographischen Lage nach wurde dem Reichskommissar General von Epp anvertraut.



Hand in Hand mit dieser Neuerung ging die Neuordnung der preußischen Staatsregierung. Reichskommissar von Papen trat von seinem Amt als Reichskommissar zurück, um sich ganz der Stellvertretung des Reichskanzlers zu widmen und besondere Kabinettsaufgaben zu übernehmen, und Reichsminister Göring, der bisher als Reichskommissar das preußische Ministerium des Innern verwaltet hatte, wurde Ministerpräsident von Preußen. Der Mann der starken Faust, der die preußische Polizeimacht reorganisiert und dem Kommunismus den Vernichtungskampf angesagt hatte, Hitlers rücksichtslosester Kämpfer, sah sich vor eine Aufgabe gestellt, die von dem nationalen Revolutionär staatserschaltende Eigenschaften forderte. Das ist kurz darauf durch die Ernennung des Fliegerhauptmanns Göring zum General unterstrichen worden. Göring hat sich bald darüber ausgewiesen, daß er trotz seines kochenden Temperamentes das Gespann zu zügeln verstand und nicht gesonnen war, preußischer Tradition etwas schuldig zu bleiben.

\*

Als diese Neuordnung der preußischen Gewalten erfolgte, weilten Papen und Göring in Rom. Die Fäden, die den deutschen Nationalsozialismus mit dem Faschismus verknüpften, waren durch die Machtergreifung Hitlers enger gezogen worden, aber wesentlicher war, daß die äußere Politik Italiens und Deutschlands in der Abrüstungs- und der Gleichberechtigungsfrage nahezu übereinstimmte. Solange das Donauproblem in einem Sinn behandelt werden konnte, der den Antagonismus Deutschlands und Italiens im Donaubecken und auf dem Balkan nicht hervortreten ließ, bildete diese gemeinsame Frontstellung gegen Westen einen wertvollen Trumpf im Spiel um die Herstellung eines neuen Gleichgewichts der Mächte. Von diesem Gleichgewicht handelte auch der damals noch im Entwurf liegende Viererpakt, in dem Mussolini die Initiative zu einer Neuordnung des Oskidents vom italienischen Standpunkt aus ergriffen hatte. Mussolini hatte seinen ersten Entwurf so stark auf Verhandlungen von Macht zu Macht eingerichtet, daß er nicht entwertet werden konnte. Es handelte sich für Italien darum, nicht zu eng mit der deutschen Politik verflochten zu werden und zugleich



gegenüber Frankreich Boden zu gewinnen. Daraus ergab sich ein Spiel mit verdeckten Karten, das mit größter Geschicklichkeit gehandhabt werden mußte. Je prodeutscher der Entwurf erschien, desto eifriger war Frankreich bemüht, ihn in eine Form zu bringen, die ihm das Mitgehen erlaubte. Die Kunst Mussolinis mußte also darin bestehen, sich so weit von Berlin wegziehen zu lassen, bis er zwischen beiden Mächten zu einer ausgleichenden Stellung gelangte und sich in dieser zu befestigen. Da das der englischen Politik entsprach, fand er in London Verständnis und Unterstützung. Den deutschen Unterhändlern aber erwuchsen daraus schwierige Aufgaben, denn sie mußten bemüht bleiben, den Vertrag und mit ihm Italien an die deutsche Politik zu binden.

Aber die Romreise Papens und Görings galt nicht nur diesen Verhandlungen, sondern auch dem Vatikan. Es handelte sich um eine Fühlungnahme zwischen der Reichsregierung und dem Hl. Stuhl, die dem Abschluß eines Reichskonkordats den Weg bereiten sollte. Hitler hatte erkannt, daß die Stellung des Vatikans zum neuen Deutschland und die Stellung der politischen katholischen Parteien zum Nationalsozialismus durch den Abschluß eines Konkordats mit der Römischen Kirche maßgebend bestimmt wurden, und handelte danach. Wie Mussolini die innere Politik Italiens durch den Friedensschluß mit dem Papsttum erleichtert hatte, so gedachte Hitler die innere Politik Deutschlands durch den Abschluß eines Reichskonkordats zu entlasten und dadurch zugleich die Autorität des nationalsozialistischen Staates zu stärken.

Als Papen und Göring nach Berlin zurückkehrten, waren die Verhandlungen über den Viererpakt noch in vollem Fluß und das Konkordat noch ein Wunschtraum, aber die Entwicklung drängte auf allen Gebieten zu raschem Handeln. Es galt, die innenpolitische Ordnung auf der nationalsozialistischen Grundlage zu befestigen und die außenpolitische Handlungsfähigkeit dadurch sicherzustellen. Wieweit sich diese beiden Zielsetzungen überschneiden, mußte von Fall zu Fall erwogen werden. Zunächst ging es um die Befestigung der Regierungsgewalt in Preußen.

Das preußische Kabinett trat am 20. April ins Amt. Es wurde vornehmlich aus Nationalsozialisten gebildet. Göring behielt



als Ministerpräsident das Ministerium des Innern bei, Popitz, der bisher als Reichskommissar gewirkt hatte, erhielt das Finanzministerium, Rust, der schon als Kommissar mit großer Entschlußkraft an die Erneuerung des Hochschulwesens und der Akademien herangetreten war, wurde Kultusminister und Kerrl Justizminister. Das Landwirtschaftsministerium blieb in den Händen Hugenbergs.

Im Zusammenhang mit der Bestellung des preußischen Kabinetts erfolgte die Berufung des neuernannten bayrischen Justizministers Frank zum Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz, die auf Antrag des Reichsjustizministers Gürtner durch das Reichskabinett beschlossen wurde. Auch die Ernennung Franks diente der Fortsetzung der Reichsreform, die nun in allen Bereichen des staatlichen Lebens in Fluß kam. Frank war die Aufgabe gestellt, die einheitliche Durchführung der Reichsgesetze in den Ländern zu sichern und die Reformen des Strafrechts, des Strafgerichtsverfahrens, des Strafvollzugs, des Aktienrechts, der Vergleichsordnung, des Gesetzes über das Urheberrecht und anderes mehr in Gang zu setzen. Da alle Reformen vom nationalsozialistischen Gedankengut befruchtet werden mußten, ergab sich daraus vielfach eine völlige Umstellung, die kurz gefaßt auf eine Betonung der Rechte der Gemeinschaft gegenüber den Rechten des Individuums hinauslief. Im besonderen wurde allen Rechtsreformen der Gedanke vorausgestellt, daß das Recht im Volke verwurzelt sein müsse.

Es liegt auf der Hand, daß hier Dinge und Einrichtungen zur Frage gestellt wurden, die nur aus der Entwicklung der Jahrhunderte begriffen, also nicht einfach umgestürzt oder willkürlich einem bestimmten Zweck dienstbar gemacht werden konnten, aber auch hier waltete wieder ein Reformeifer, der vor keiner Aufgabe zurückschreckte und in der Verwirrung, die der Krieg und die Nachkriegszeit mit ihren vielfachen Improvisationen und Ausnahmebestimmungen über das deutsche Rechtsleben gebracht hatten, seine Erklärung und seine Rechtfertigung fand. Man braucht nicht an die Rechtsschöpfung der Französischen Revolution und die Abfassung des Code Napoléon zu erinnern, um deutlich zu machen, daß die nationalsozialistische Revolution sich auch in diesem Falle als eine echte Revolution erwies.



Halten wir ja fest, daß die nationale Erhebung schon in eine nationalsozialistische Revolution gemündet hatte, als der April des Jahres 1933 sich neigte, denn wenn das übersehen würde, entstünde eine falsche Verbindung zwischen jenem 5. März und dem 1. Mai, der dieser stürmischen Entwicklung den letzten Antrieb gab.

Der Übergang ist nicht unbemerkt erfolgt. Er hat die Millionen, die sich zu Adolf Hitler bekannten, nicht bewegt, sie haben von Anfang an den Weg klar vor sich liegen sehen, den der Führer vor ihnen aufgeschlagen, und sind ihn jauchzend gegangen. Sie hatten keinen Grund, das Zeitmaß der Bewegung nach den Weggenossen zu richten, die im Verlaufe der letzten Jahre zu ihnen gestoßen waren, um die nationale Revolution heraufzuführen. Wer nicht Schritt hielt, blieb liegen oder wurde unter die Füße getreten. Das ist der Revolutionen Lauf.

Anders verhielt es sich mit diesen Kampfgenossen, die aus den nationalen Lagern stammten, aber der nationalsozialistischen Partei nicht angehörten. Ihnen wurde die Frage, wie weit sie mitgehen wollten oder konnten und was geschehen sollte, um ihnen dieses Mitgehen zu erleichtern, jeden Tag von neuem gestellt. Das waren die Deutschnationalen und der Stahlhelm. Die Führer beider Gruppen saßen im Kabinett, aber sie bestimmten Ziel und Schrittmaß der Kabinettspolitik mitnichten. Sie mußten erst mit sich selbst ins Klare kommen. Beide, Hugenberg und Seldte, mußten ihre Stellung zum Nationalsozialismus täglich neu prüfen und sich fragen, wie sie sich zu einer Bewegung verhalten sollten, die einer Sturmflut gleich weiterrollte und alle Landmarken verfestete.

Franz Seldte kam zuerst zu einer klaren Entscheidung. Er zog die Folgerung in der Richtung auf die Unterstellung des Stahlhelms unter die Führung Adolf Hitlers. Das war zunächst ein Verzicht, aber dieser Verzicht erhielt Hunderttausende geschulter und gefestigter tatwilliger deutscher Kämpfer dem politischen Leben, und die getroffene Entscheidung fügte sie der Bewegung ein, die nun von ihnen mitgetragen wurde. Der Verzicht lag unausgesprochen in der Abkehr von dem Gedanken an eine monarchistische Restauration. Die Entscheidung war aber auch aus anderen Gründen nicht mehr zu umgehen. Die Auflösung der roten Verbände hatte Tausende von



sozialdemokratischen und kommunistischen Kämpfern bewogen, sich bei den Werbestellen des Stahlhelms zu melden. Das brachte diesem selbst dann einen großen Gewinn, wenn die Aufnahmen von sorgfältigster Prüfung und der Einhaltung einer Wartefrist abhängig gemacht wurden. Daraus ergaben sich aber auch Gefahren, die den Charakter des Bundes der Frontsoldaten selbst bedrohten. Eine solche Verschiebung und Veränderung der Machtverhältnisse konnte Adolf Hitler sich um so weniger gefallen lassen, als dadurch die Zusammenfassung aller tauglichen Kräfte in der nationalsozialistischen Partei unmöglich wurde. Hätte er der Entwicklung den Lauf gelassen, so wäre es bei einer Mehrzahl von Parteien geblieben, und zwar streitbarer Parteien, die sich in einem unbestimmbaren Augenblick feindlich gegeneinander kehren konnten. Dieses Koalitionsverhältnis widersprach zudem der Lehre von der Alleinberechtigung einer Partei, in der die Volksgemeinschaft unter Anerkennung des nationalsozialistischen Programms hergestellt werden mußte, bevor an eine Durchdringung des Volksganzen mit nationalsozialistischem Geist gedacht werden konnte. Hitler hatte also gar keine andere Wahl — er mußte handeln.

Es kam zu Zwischenfällen. Stahlhelmquartiere wurden von SA und SS besetzt, und Führer, die der Rekrutierung kommunistischer Anwärter verdächtig waren, festgenommen. Unter dem Drucke dieser Entwicklung entschloß sich Seldte, den Knoten zu durchhauen. Er veranlaßte den Oberstleutnant Düsterberg, der als zweiter Stahlhelmführer seine Unabhängigkeit bewahrt hatte, zum Rücktritt und unterstellte sich und den Stahlhelm der Führung Adolf Hitlers. Düsterberg brachte das ihm nahegelegte Opfer. Er nahm in einem kurzen würdigen Schreiben Abschied von der soldatischen Organisation, die er mitgeschaffen hatte, und zog sich aus dem politischen Leben zurück. Ein Hauch von Tragik umwitterte sein letztes „Front Heil!“ Der Stahlhelm und Seldte schworen Adolf Hitler Treue. Bald wurde die feldgraue Montur an die braune der SA getauscht. Eine Elitetruppe war mit flatternden Fahnen in die nationalsozialistische Bewegung eingegangen. Vergangenheit und Zukunft schlossen einen neuen Bund, in dem der Zukunft die Führung gehörte.

\*



Nun hielt nur noch die Deutschnationale Volkspartei neben der NSDAP unter eigenen Fahnen das Feld. Aber auch ihre Reihen lockerten sich. Sie fühlte sich an den Rand des großen Kampffeldes gedrängt, auf dem um die Zukunft der Nation gerungen wurde. Noch war sie stark genug, ihr eigenes Programm zu verfechten, aber diesem Programm fehlte in Zeiten des Umbruchs die mitreißende Kraft. Noch war sie ansehnlich genug, um bei geschlossenem Übertritt ins nationalsozialistische Lager auf eine ehrenvolle Aufnahme rechnen zu können, aber nicht alle waren bereit, diesen Weg zu gehen, und ihr Führer Hugenberg dachte nicht daran, sich Hitler zu unterstellen. Er glaubte noch nicht am Ende zu sein, hielt er doch nicht weniger als drei große Ministerien, das Reichsministerium der Wirtschaft, das Reichsministerium der Ernährung und das preußische Ministerium der Landwirtschaft in seiner Hand. Hugenberg hatte seine ganze Arbeitskraft und die Fülle seiner Kenntnisse aufgewandt, diesen Verwaltungen frischen Atem einzuhauchen und sie nach einem großen Plan einheitlich in Bewegung zu setzen. Er war nicht gewillt, sie herzugeben, um sie als Lehnsträger aus Hitlers Hand zurückzuempfangen, und radikalen Maßnahmen zuzustimmen, die er nicht glaubte verantworten zu können. Die Reformen, die er plante, bezogen sich auf die Entschuldung der deutschen Landwirte, die durch eine Sicherung des Absatzes und eine Herabsetzung der Zinsen erreicht werden sollte. Ein erster Schritt, der der planmäßigen Bewirtschaftung der Fette und Öle galt und die Drosselung der Einfuhr zum Ziele hatte, war schon getan und versprach guten Erfolg; ein Gesetz über die Herabsetzung der auf der Landwirtschaft lastenden Schuldenzinsen war schon im Entwurf fertiggestellt, aber ein großer, die Fesseln sprengender Wurf war noch nicht geglückt. Hugenberg sah sich gezwungen, seine Pläne gegen die kühnen Neuerer zu verteidigen, die entschlossen waren, die nationalsozialistischen Ideen auch auf diesen Gebieten durchzusetzen und in dem idealistisch gestaltenden Darré einen Führer von mitreißender Kraft gefunden hatten.

Hugenberg's politischer Kampf war von Anfang an auf das Ausharren bis zur letzten, ihm gegebenen Möglichkeit gerichtet, aber er sah das Ende nicht so nahe vor sich, als es in Wirklichkeit war. Er



glaubte der nationalen Revolution noch das Schrittmaß vorschreiben zu können, als sie schon zur nationalsozialistischen geworden war. Als er am 11. April die deutschnationalen Abgeordneten im Reichstag um sich versammelte, bekannte er sich zu dieser nationalen Revolution, fügte aber ausdrücklich bei, daß alle Revolutionen Gefahr liefen, sich zu überschlagen und in geistiger und materieller Zerstörung zu enden. Er sei daher nicht willens, den ihm anvertrauten Platz zu räumen, denn die Mitwirkung der Deutschnationalen Partei bürge mit dafür, daß das, was man die Revolution nenne, wirklich die Auferstehung des deutschen Volkes werde. Das war eine charaktervolle Erklärung, aber sie entsprach weder den Machtverhältnissen noch wurde sie der Größe der im Nationalsozialismus wirkenden Vorstellung gerecht. Hugenberg konnte nicht mehr als Führer einer eigenen Partei auftreten und von ihr aus Politik machen, nachdem der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus Eingang in die Staatsführung gefunden hatte. Auch er mußte sich Hitler unterstellen oder zurücktreten. „Se soumettre ou se démettre“, es blieb ihm keine andere Wahl. Trotzdem hielt er unerschütterlich aus, und es wurde Juni, bis ihm die letzte Stunde schlug.

### Die Deutsche Revolution

Wir stehen vor einem Einschnitt der geschichtlichen Entwicklung, der eine neue Begriffsbestimmung dieser Revolution nötig macht. Eine höhere Schau fordert nun, da die nationale Erhebung sich noch einmal von der nationalsozialistischen abgrenzt, eine zusammenfassende Bezeichnung der gewaltigen Umwälzungen, die Deutschland im Jahre 1933 zu seinem neuen Gestaltwandel kommen ließen.

Es ist nicht schwierig, hierfür den richtigen Ausdruck zu finden. Wir bezeichnen sie einfach und schlecht hin als die Deutsche Revolution. Von dieser Bezeichnung wird das ganze Phänomen erfaßt und getragen, das uns als das hervorstechendste europäische Symptom einer neuen Weltwende so eifrig beschäftigt. Als Deutsche Revolution wird dieses Phänomen zu den großen Revolutionen der anderen Völker in unmittelbare Beziehung gesetzt und zugleich von der gesamteuropäischen Entwicklung abgehoben. Die Zukunft wird zu er-